



## Stipendien-Aufenthalt in Kolumbien

Vom 1. August bis zum 15. September 2018

**Zwischen Krieg und Frieden:  
Was hat sich in Kolumbien getan, seit dem  
Abschluss des Friedensvertrags zwischen  
FARC-Guerilla und Santos-Regierung?**

Von Julia Demming

Kolumbien, vom 1. August bis zum 15. September 2018



# Inhalt

1. Über mich – oder: Wie alles begann
2. Kolumbien und das Friedensabkommen: Zwischen Hoffnung und Widerstand
3. „Welcher Frieden?“ – Skeptische Stimmen zum Friedensvertrag in Bogotá
4. Besuch beim Militär: „Für uns ist der Krieg vorbei“
5. Tausende für den Frieden: Mahnwache gegen die Morde an Menschenrechtlern
6. Stärker als die Angst. Zu Besuch bei der Friedensgemeinschaft San José de Apartadó
  - 6.1 Vorbereitung auf die „Zona Roja“
  - 6.2 Es wird ernst
  - 6.3 Der Geist der Jugend: „Eher sterbe ich, als dass ich freiwillig gehe“
  - 6.4 Exkurs: Tiefe Wunden. Das Massaker von San José de Apartadó
  - 6.5 Der alte Hase: „Es ist ein Wunder, dass ich noch lebe“
  - 6.6 Der Kreis schließt sich
7. Leben am Rand: Die Indigenen im Post-Konflikt
  - 7.1 Kaffeeklatsch im „Haus der Indigenen“ in Santa Marta
  - 7.2 Die Leiden der Wayuu-Frauen

8. Outtakes: Geschichten, die dann doch nicht zu einer „runden Sache“ wurden
  - 8.1 Wo der Kaffee wächst
  - 8.2 Das allgegenwärtige Trauma
  - 8.3 Kultur-Schock bei den Kogi
9. Fazit: Was bleibt von der Hoffnung auf den Frieden?

## 1. Über mich – oder: Wie alles begann

Schreiben wollte ich schon immer. Also zumindest, seit ich noch vor meiner eigenen Einschulung von meinem großen Bruder abgeschaut hatte, wie das eigentlich geht. Seit damals, meinem sechsten Lebensjahr, wollte ich Autorin werden, Schriftstellerin, Bücher schreiben. Den Beruf der Journalistin kannte ich damals wohl noch nicht. Obwohl er mir bestimmt schon zugesagt hätte: Neugierig sein, Fragen stellen, Geschichten hören von den unterschiedlichsten Menschen, sie aufschreiben und weitererzählen. Das ist es, was mich bis heute an diesem Beruf fasziniert.

Während der Schulzeit arbeitete ich für verschiedene Lokalzeitungen, während des Studiums kamen gelegentliche Reportagen und Texte für Magazine und literarische Herausgeberbände dazu. Wenn ich für meine Zeitung Pressekonferenzen besuchte, kam ich immer wieder mit Radio-Journalisten in Kontakt. Die kamen mir irgendwie (nichts für Ungut an die Zeitungs-Kollegen) lockerer vor und machten mich neugierig, mit ihren kleinen Aufnahmegeräten, die für sie die wichtigsten Aussagen festhielten, während ich im Akkord meine Blöcke bekritzelte.

Nach einem Praktikum, freier Mitarbeit und schließlich einem Volontariat bei dem Lokalsender Radio Bochum hatte ich gelernt, wie das mit dem Radio-Machen funktioniert – und eine neue Leidenschaft entdeckt. Das Schreiben blieb mir erhalten, denn auch beim Radio sind schließlich Skripte Grundlage für die meisten gesprochenen Texte. Dazu kam die Arbeit mit eigenen Aufnahmen, Klängen, der eigenen Stimme. Die setze ich inzwischen seit zwei Jahren hauptsächlich als freie Mitarbeiterin bei Deutschlandfunk Nova in Köln ein. Nebenher schreibe ich auch gelegentlich noch, unter anderem für das Obdachlosenmagazin Bodo in Bochum und Dortmund.

Ab und zu bastle ich meine eigenen Radiobeiträge, gern zu Themen, die mit alternativen Lebensentwürfen, Körperarbeit oder Meditation zu tun haben – Bereichen, die mich auch privat faszinieren. Außerdem schreibe und lese ich die Nachrichten bei Deutschlandfunk Nova, was mich unter anderem auch zu meinem Recherchethema gebracht hat.

Eine Reise nach Kolumbien stand ohnehin seit Jahren ganz oben auf meiner Liste. Lateinamerika hatte mich nach einer einjährigen Weltreise nach dem Abitur nicht mehr losgelassen. Nach Kolumbien hatte ich es damals nicht mehr geschafft, weil mir Zeit und Geld ausgegangen waren. Außerdem hatte ich als 19-Jährige ziemlichen Respekt vor der Gewalt im Land, von der man vor allem außerhalb des Kontinents mehr hörte, als von der landschaftlichen und kulturellen Vielfalt.

Heute weiß ich, dass ein großer Teil Kolumbiens eigentlich friedlich ist und man nicht mehr Risiken eingeht, als in anderen Teilen der Welt, wenn

man sich an gewisse Regeln des gesunden Menschenverstands hält – auch wenn ich meine Familie bis zuletzt nicht ganz davon überzeugen konnte.

Auch die Biodiversität des Landes, in dem es von Hochgebirge über Karibikküste und Wüste bis Regenwald die unterschiedlichsten Klimazonen zu entdecken gibt, reizte mich, die Reise nach Kolumbien nachzuholen. Bei der Gelegenheit hoffte ich, mir vor Ort ein reales Bild davon zu machen, wie sich das Land seit dem Friedensabkommen entwickelt hat und wie die Kolumbianer die Situation inzwischen bewerten. Also: Nichts wie los!

## **2. Kolumbien und das Friedensabkommen: Zwischen Hoffnung und Widerstand**

Kolumbien und der Friedensvertrag waren nicht nur bei meinem Sender in den Schlagzeilen. Erstmals als Erfolgsgeschichte, zu deren Krönung der damalige Präsident Juan Manuel Santos den Friedensnobelpreis erhielt. Santos hatte Ende 2016 die historischen Verhandlungen zur Entwaffnung und Resozialisierung der FARC zu Ende gebracht. Die Weltgemeinschaft hoffte auf einen Frieden im Land, nach mehr als 50 Jahren Bürgerkrieg, mit hunderttausenden Opfern.

Das Abkommen war jedoch nicht ohne Widerstand durchgebracht worden: Ein Referendum im Land hatte ergeben, dass die Mehrheit der Kolumbianer gegen das Abkommen war.

Santos änderte daraufhin einige Aspekte – und brachte den Vertrag schließlich ohne weitere Abstimmung zum Abschluss.

Das Abkommen sah einen Waffenstillstand zwischen FARC und kolumbianischem Militär vor. Außerdem die Entwaffnung der Kämpfer der größten Guerilla-Organisation des Landes, die sich vor mehr als 50 Jahren gegründet hatte – ursprünglich im Kontext von Auseinandersetzungen zwischen konservativen und liberalen Gruppen, die in vielen Regionen zu Gewalt führten. Linke Aufständische, die sich selbst den Namen Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo (FARC-EP) gaben, kämpften unter anderem für die Unabhängigkeit der Bauern in abgelegenen Gebieten.

Über die Jahrzehnte hielt der Kampf zwischen der FARC, dem Staat und anderen bewaffneten Gruppen im Land an.

Die FARC gewann Schätzungen zu Folge bis Anfang der 2000er Jahre rund 20.000 Anhänger, die freiwillig oder durch Zwangsrekrutierungen Teil der Gruppe wurden. Ihre politische Ideologie verblasste zunehmend und sie wurde zum Akteur auf dem konfliktträchtigen Markt des Koka-Anbaus und -Handels; einer wichtigen Einnahmequelle für die Guerilla, die mit der Unterdrückung und Vertreibung von Menschen insbesondere in ländlichen

Regionen einherging. Entführungen und Erpressung, häufig auch gezielt von Ausländern, wurden zu einem weiteren Mittel der Geldbeschaffung – weshalb viele Regionen Kolumbiens lange insbesondere von ausländischen Touristen gemieden wurden.

All dem sollte nun also der Friedensvertrag ein Ende setzen: 12.000 FARC-Anhänger gaben ihre Waffen ab und schlossen sich dem Wiedereingliederungsprozess an, der in den Verhandlungen mit der Regierung entworfen worden war. Aus der FARC-Guerilla wurde die FARC-Partei – mit den gleichen Buchstaben, aber anderer Bedeutung als Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común – Alternative revolutionäre Kraft des Volks. Es galt damit eine Amnestie für viele ehemalige Guerilleros und ihnen wurde eine finanzielle Unterstützung für den Wiedereinstieg in die Gesellschaft zugesichert. Außerdem sollte die FARC-Partei übergangsweise Mitspracherecht durch Sitze im Parlament bekommen, ohne auf die Stimmen der Kolumbianer angewiesen zu sein: Das Friedensabkommen garantiert der Partei für zwei Legislaturperioden je fünf Sitze in der Abgeordnetenversammlung und im Senat. Ohne die Sonderregel hätten es die ehemaligen Rebellen nicht in den Kongress geschafft: Bei der Parlamentswahl im März erreichte die FARC-Partei nur 0,34 Prozent der Stimmen.

Gerade diese Aspekte des Abkommens erscheinen bis heute vielen Kolumbianern ungerecht, die in den Ex-Guerilleros Mörder und Verbrecher sehen.

Dennoch: Die Zahlen belegten bald erste Erfolge des Abkommens, unter anderem, dass es bereits 2017 deutlich weniger Morde im Land gab. Bei den Kongress- und Präsidentschaftswahlen im März und Mai 2018 gab es erstmals keine gewaltvollen Zwischenfälle und die Wahlbeteiligung war ganze 5 bzw. 13 Prozent höher als noch 2014.

Von einem Wirtschaftsaufschwung war die Rede, allen Kolumbianern sollte es besser gehen. Außerdem bestand die Hoffnung, den Drogenhandel einzudämmen, der eine der Hauptursachen für die Gewalt im Land ist.

Nach einer Weile wurden aber immer mehr Zweifel laut: Klappte es wirklich mit dem Frieden? Waren nicht noch zu viele andere bewaffnete Gruppen im Land, die um die Vorherrschaft in bestimmten Gebieten kämpften und die Bevölkerung erneut unterdrückten? Außerdem ging man von rund 3.000 ehemaligen FARC-Anhängern aus, die sich nicht dem Demobilisierungsprozess angeschlossen hatten – Tendenz steigend.

Betrachtet man die aufgedeckten Importe von Kokain nach Europa, sieht es so aus, als sei 2018 so viel Koka in Kolumbien produziert worden, wie noch nie. Die spanische Zeitung *El País* berichtete im Mai 2018, dass im vergangenen Jahr auf geschätzt 213.000 Hektar Koka in Kolumbien angebaut wurde. Diese Fläche reicht für eine spätere Produktion von 900 Tonnen

Kokain. 2016 waren es demnach noch 188.000 Hektar, 2012 rund 78.000. Nach Angaben des kolumbianischen Militärs haben darüber hinaus Delikte wie Erpressung zugenommen, weil der Entwaffnungsprozess nicht vollständig erfolgreich war. Ein neues Phänomen ist außerdem die steigende Zahl von Morden an Menschenrechtlern, die Analysten zufolge direkt mit dem Friedensabkommen zusammenhängen könnte (dazu mehr in Kapitel 5).

Somit blieb die Skepsis im Land selbst gegenüber dem Friedensabkommen bestehen: Im öffentlichen Diskurs ist selten von Frieden die Rede. Die Zeit seit dem Abkommen wird stattdessen als Post-Konflikt bezeichnet. Der Konflikt nach dem Konflikt, sozusagen.

### **3. „Welcher Frieden?“ – Skeptische Stimmen zum Friedensvertrag in Bogotá**

Ich beginne meine Recherche in Kolumbien, recht klassisch, in der Hauptstadt. In der quirligen Metropole Bogotá lerne ich zuerst das urbane Leben kennen, das einen Teil der kolumbianischen Realität ausmacht. Die Stadt wirkt wohlhabend, mit ihren breiten Straßen und den modernen Bürogebäuden, die im Norden Bogotás an den Wolken kratzen. Die vielen Obdachlosen, die zum Teil mitten auf den Straßeninseln schlafen, geben mir aber einen ersten Eindruck davon, dass der Wohlstand, wie im Rest des Landes, auch in der Hauptstadt ungleich verteilt ist.

Auf der Plaza Bolívar, dem Platz, den die wichtigsten Regierungsgebäude des Landes säumen, klingeln fahrende Händler um die Wette, um auf ihren frisch gepressten Orangensaft oder ein kühles Eis aufmerksam zu machen. Obwohl es während meines Aufenthalts meist kühl genug ist, auf zweieinhalbtausend Höhenmetern. Wer will, kann sich zum Andenken an seinen Besuch mit einem bunt geschmückten Alpaka fotografieren lassen. Einigen Touristen scheint es zu gefallen, im Tausch dagegen ein paar hundert Pesos loszuwerden. An der Einmündung vom Platz hin zur wichtigsten Einkaufsstraße der Stadt scheppert aus einem kleinen Verstärker Volksmusik, interpretiert von einer mittelalten Kolumbianerin mit Afro, breiten Hüften und enganliegender Kleidung.

Im historischen Zentrum der Stadt, La Candelaria, weht ein anderer Wind: Hier sitzen Kunsthandwerker auf dem Boden vor aufwändig bemalten Wänden und bieten ihren selbstgeknüpften Schmuck an, gelegentlich liegt eine süßliche Rauchwolke in der Luft. In den unzähligen Cafés gibt es Veganes, Nachhaltiges, Selbstgemachtes. Mehr oder weniger intuitiv habe ich dort meine Unterkunft gebucht und fühle mich im Herzen der Metropole für den Anfang gut aufgehoben.



Über AirBnB wohne ich bei einer Familie, die mir perfekten Anschluss für den Einstieg bietet. Meine Gastgeber sind Maria del Carmen und Sohn Juan David, letzterer wenig älter als ich, Hund Luna und zwei ältere Damen, die im Haushalt mithelfen und gegen kleines Geld im Souterrain des Hauses wohnen. Sie und meine Gastgeberin teilen sich zwei kleine Zimmer in dem Haus, das Maria del Carmen noch mit ihrem Ex-Mann gekauft hatte. Die Mieten in Bogotá sind teuer – und Maria hat ein großes Herz mit christlichen Prinzipien.

Bei der Familie bekomme ich einen ersten authentischen Eindruck vom traditionellen kolumbianischen Leben. Das Motto: „Dónde cabe uno caben tres“ – wo einer reinpasst, passen auch drei. Das gleiche Sprichwort funktioniert auch mit „essen“ statt „passen“. So ist immer was los bei der Familie, es kommen Verwandte und Freunde und ich werde ganz selbstverständlich mitversorgt und eingeladen, ohne dass ich dafür etwas bezahlen soll.

Juan David und seine Mutter sind auch die ersten, mit denen ich länger über die politische Situation im Land spreche. Der Frieden sei allein durch den Vertrag noch nicht erreicht, sagt Juan.

Problematisch sei die Situation erst recht, seit kurz vor meiner Ankunft die neue Regierung gewählt wurde: Der rechtskonservative Iván Duque vom Centro Democrático ist neues Staatsoberhaupt. Wähler hatte er unter anderem damit auf seine Seite gebracht, dass er das Friedensabkommen zumindest in Teilen kritisierte – und auch Änderungen daran in Betracht zog. Im Wahlkampf hatte er unter anderem die Amnestie für die ehemaligen FARC-Kämpfer kritisiert, ebenso wie ihre Beteiligung auf politischer Ebene.

Für Juan David ist Iván Duque sowas wie eine tickende Zeitbombe. Er könne den ohnehin fragilen Frieden in Kolumbien weiter gefährden, wenn sich zunehmend enttäuschte FARC-Anhänger wieder in den Untergrund zurückzögen. Außerdem habe Duque keine politische Erfahrung. Die Leute hätten ihn nur gewählt, weil sein Parteikollege und Ex-Präsident Álvaro Uribe (Präsident von 2002-2010) ihn unterstützt habe.

Auch Juans Mutter Maria del Carmen hätte lieber Duques Kontrahenten, den linken Gustavo Petro, im Amt des Präsidenten gesehen, verrät sie mir bei einem ihrer leckeren, vegetarischen Mittagessen. Seit sie sich von einem Magentumor erholt hat, gibt es bei der Familie für das Land traditionell eher untypische Vollwert-Kost, ohne Fleisch. „Trotzdem“, sagt Maria, „Duque ist noch so jung [Anm.: er ist 42 Jahre alt]. Ich hoffe, dass er sich etwas Gutes überlegt, damit es mit dem Land bergauf geht.“

Juan und Maria sind, wie sie mir erzählen, die einzigen in der Familie, die Petro gewählt haben. Die anderen Verwandten habe der konservative Duque damit überzeugt, sie in ihren Ängsten und Sorgen ernst zu nehmen – vielleicht sogar zu bestärken.

Bei meinem Aufenthalt lerne ich schnell: Politik in Kolumbien funktioniert, wie derzeit in vielen Teilen der Welt, mit Populismus. Sagen, was die Leute hören wollen und eingängige Feindbilder zeichnen. In Kolumbien ist eines dieser Feindbilder der Kommunismus. Vom rechten Lager hieß es im Wahlkampf, komme Petro an die Macht, werde es Kolumbien so ergehen wie Venezuela oder Kuba. Staaten, die laut der verbreiteten Meinung der Kommunismus in ihrer Entwicklung blockiere, im Fall von Venezuela regelrecht zugrunde gerichtet habe. Wobei die Gründe für die Krisen in diesen Ländern in der Realität sicher vielschichtig sind – aber dafür ist im populistischen Diskurs kein Platz.

Dieses Feindbild wird im kolumbianischen Alltag umso wirkungsvoller durch die vielen venezolanischen Flüchtlinge, die einem in Kolumbien inzwischen in jeder größeren Stadt begegnen: Im August waren bereits 800.000 Venezolaner nach Kolumbien geflüchtet.

Ein anderes populäres Argument der Gegner des Friedensabkommens ist das Geld. Die Umsetzung des Friedensvertrags kostet den Staat Milliarden, unter anderem, weil die ehemaligen FARC-Kämpfer auf dem Weg zum Wiedereinstieg in die Gesellschaft erstmal finanziell von der Regierung unterstützt werden. Bis zu zwei Jahre lang bekommen sie unter anderem eine monatliche Unterstützung in Höhe von 90 Prozent des kolumbianischen Mindestlohns (620.000 COP [kolumbianische Pesos], das entspricht etwa 175 Euro), wenn sie innerhalb dieser Zeit noch kein eigenes Einkommen generieren.

Für eine Tante Juan Davids mit dem klangvollen Namen Luz Aurora aus der Provinz nahe der Hauptstadt ist das ein Unding. Als ich sie nach ihrer Meinung zum Stand des Friedens in Kolumbien frage, stellt sie die Gegenfrage: „Qué paz?“ – „Welcher Frieden?“ Der zu diesem Zeitpunkt scheidende Präsident Juan Manuel Santos habe zwar den Friedensnobelpreis bekommen; geändert habe sich im Land aber nichts. „Stattdessen pumpen sie Geld in diese Kriminellen – und dadurch soll es uns besser gehen?“, fragt Luz.

Eine Hoffnung des Abkommens war, langfristig die Militärausgaben zu reduzieren. Diese lagen zuletzt noch immer bei rund 3,3 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts. Damit liegt Kolumbien unter den Top-25 weltweit. Gelingt der Prozess wie erhofft, wären die übergangsweisen Investitionen in den Frieden bald ausgeglichen, so das Argument der Befürworter des Abkommens. Auch der gesamten Wirtschaft sollte es dadurch bald besser gehen, wenn Investoren mehr Vertrauen hätten und mehr Touristen ins Land kämen. Doch an einen Effekt für den „Durchschnittskolumbianer“ glaubt Luz nicht.

Bisher erlebe ich in der Stadt also eine eher pessimistische Haltung gegenüber dem viel beschworenen Frieden.

In einem weiteren Gespräch am Esstisch erzähle ich Juan David von meiner Idee, das Militärkrankenhaus in Bogotá für meine Recherche zu besuchen. Das Krankenhaus selbst hatte während meines Aufenthalts einen Bericht veröffentlicht, demzufolge die Zahl der verletzten Soldaten, die dort behandelt wurden, seit dem Friedensabkommen deutlich zurückgegangen war: von 500 im Jahr 2011 auf 35 im Jahr 2017. Aus der Perspektive klingt das Ganze ja doch nach einer Erfolgsgeschichte.

Zufällig arbeitet ein anderer Verwandter Juans bei der Armee. Er habe dort einen hohen Posten und könne mir vielleicht helfen, Zugang zum Militärkrankenhaus zu bekommen. Am nächsten Morgen rufe ich den Offizier an und er lädt mich zum Mittagessen in die Kaserne ein.

#### **4. Besuch beim Militär: „Für uns ist der Krieg vorbei“**

Capitán Nuñez<sup>1</sup> empfängt mich am Eingang zur Logistikschule der nationalen Armee in Bogotá. Ohne seine Autorisierung hätte ich das große eiserne Tor, hinter dem einige Soldaten in Sportkleidung die Wege entlangtraben, nicht passieren dürfen. Die Einheit liegt an einem bewaldeten Hang. Bis zum Hauptgebäude führt vom Tor eine schmale Straße in Schlangenlinien einige hundert Meter bergauf.

Nuñez begrüßt mich kumpelhaft. Wir duzen uns. Schließlich bin ich eine Bekannte der Familie – auch wenn ich seinen Cousin erst seit zwei Tagen kenne. Nuñez ist 31 Jahre alt, hat drei Kinder und eine bildhübsche Frau, die ich später noch kennenlerne. Er trägt kurz geschorenes, dunkles Haar, hat ein jungenhaftes Gesicht auf einem stämmigen, kräftig wirkenden Körper. Wenn er mit mir spricht, lächelt er viel und er bemüht sich, mir alles in Ruhe zu erklären; stellt mir viele Fragen zu meiner Reise, meinem Vorhaben – und dazu, wie es so ist, bei seinem Cousin zu wohnen. Wenn ihn seine Kadetten ansprechen, wird sein Gesichtsausdruck unbewegt und sein Ton härter. Dann gibt es klare Anweisungen von oben.

Die Schultern der olivgrünen Uniform meines Gastgebers zieren drei Sterne. Der Titel Capitán entspricht dem des Hauptmanns bei der Bundeswehr, einem Offiziersdienstgrad. Laienhaft ausgedrückt: ein hohes Tier. Wir gehen in den Speisesaal und setzen uns an einen exponierten Tisch, an dem offenbar nur die Offiziere sitzen. Der Koch persönlich bedient uns, während die anderen Soldaten ihr Essen an einer Durchreiche selbst von der Küche abholen.

Das Essen ist erstaunlich gut. Kolumbianische Hausmannskost: Vorab

<sup>1</sup> Name geändert

eine deftige Suppe; dann Reis, Fleisch, Kochbanane, Salat – für die vegetarische Besucherin aus Deutschland gibt's ein Spiegelei.

Ich erkläre dem Hauptmann nochmal in Ruhe, warum ich hier bin. Dass ich es für meine Recherche spannend fände, ins Militärkrankenhaus zu gehen und einen Einblick in diesen Bereich des sogenannten Post-Konflikts zu bekommen. Schließlich war das Militär im Einsatz gegen die FARC einer der wichtigsten Akteure in den vergangenen Jahrzehnten. Mich interessiert also, was sich für die Soldaten durch das Abkommen geändert hat.

Nuñoz ist offen für mein Anliegen und will mir helfen, eine Anfrage an das Militärkrankenhaus zu formulieren. Mit offiziellem Briefkopf seiner Brigade. Dann könnten die Mühlen schneller mahlen, als wenn ich einfach so eine E-Mail als ausländische Journalistin schreibe, vermutet er. Da ich nur wenig Zeit in der Hauptstadt verbringen werde, kommt mir das Angebot gelegen.

„Hast du denn heute auch ein Aufnahmegerät dabei?“, fragt mich der Hauptmann im Laufe des Gesprächs. Im letzten Moment hatte ich es tatsächlich noch eingepackt, obwohl es ja eigentlich nur ein organisatorisches Treffen werden sollte – und ich offiziell gar nicht hier bin. Fotos machen ist tabu, die Namen meiner Gesprächspartner und ihre Dienstgruppen darf ich nicht nennen. Schließlich hat niemand meinen Besuch abgesegnet, wie es eigentlich der Fall ist, wenn jemand Externes seine Nase in die Angelegenheiten der Armee steckt. Für eine Reportage in Deutschland über Frauen bei der Armee vor einigen Jahren hatte ich einiges an Vorarbeit leisten müssen und wurde bei meinem Besuch von einem Presse-Offizier zum nächsten gebracht. Nur in deren Anwesenheit durften mir die Soldatinnen und Soldaten Auskunft geben.

Hier passiert dagegen alles auf kurzem Dienstweg, auf kurzfristige Anweisung von oben. „Wenn du willst, kann ich dir ein paar Soldaten vermitteln, mit denen du heute schon sprechen kannst“, bietet mir Nuñez an. „Männer, die gegen die FARC gekämpft haben und die dabei zum Teil schwer verwundet wurden. Die wurden auch im Militärkrankenhaus in Bogotá behandelt.“

Die Gelegenheit will ich mir nicht entgehen lassen und bekomme wenig später berührende Einblicke, mit denen ich an diesem Tag nicht gerechnet hatte. Nachdem ich im Büro des Capitán zusammen mit einem seiner Gehilfen die Anfrage an das Militärkrankenhaus formuliert habe, lässt Nuñez zwei Soldaten holen, die mir meine Fragen beantworten sollen. Wir sitzen zu dritt an einem langen Tisch in der Mitte des Raums. Spannung liegt in der Luft. Ich habe das Gefühl, es gefällt den beiden nicht, hier mit mir zu sitzen, aber versuche, mich nicht irritieren zu lassen. Halb gelangweilt, halb erwartungsvoll schauen sie mich an.

Ich erkläre kurz, was ich hören will: Wer seid ihr? Wie sah euer Einsatz ge-

gen die FARC aus? Was ist euch dabei zugestoßen? Wie geht es euch heute? Zu guter Letzt: Wie bewertet ihr das Friedensabkommen?

Der jüngere von beiden erklärt sich bereit, anzufangen. Wohl, um es hinter sich zu bringen.

Er schaut mir kaum in die Augen, redet betont sachlich. Das Gespräch wird ein staccato artiger Monolog, mit einigen kurzen Nachfragen meinerseits.

Soldat: „Ich bin seit 12 Jahren beim Militär. Bei einem Einsatz bin ich verwundet worden. Ich hatte einen offenen Bruch am linken Schienbein. Einen Teil meiner Mobilität habe ich dadurch verloren. Das war vor etwa sieben Jahren. Es war ein Einsatz gegen Gruppen am Rand des Gesetzes, in der Stadt Vistahermosa im Bezirk Meta in Kolumbien. [...] Heute geht es mir gut. Sowohl körperlich als auch psychisch. Und gleichzeitig ist auch der Wandel im bewaffneten Konflikt in Kolumbien sichtbar. Die Friedensbemühungen, die vor zehn Jahren eingeleitet wurden und die jetzt die Abkommen besiegelt haben, haben dazu geführt, dass diese Gruppen sich dem Friedensprozess angeschlossen haben.“

Frage: „Was hat damals Ihre Verletzung verursacht?“

Soldat: „Eine Schusswaffe. In einer Begegnung im Gefecht.“

Frage: „Durch einen Guerillero?“

Soldat: „Ja, durch ein Mitglied einer Gruppe am Rande des Gesetzes, mit Waffen. Mit der Einheit, mit der ich unterwegs war, gingen wir in das Gefecht und das führte dazu, dass ich am Bein verletzt wurde.“

Frage: „Wissen Sie, welche Gruppe das war?“

Soldat: „Ähm, zu dieser Zeit war es allem Anschein nach FARC. Man wusste, dass sie sich in dieser Region aufhielten, deshalb kann man ziemlich sicher davon ausgehen. Wir waren also dabei, diesen Sektor zu erkunden und plötzlich trafen wir auf diese subversive Gruppe. Und dann gehen die Schüsse los. Schüsse hier, Schüsse dort...“

Frage: „Wie viele wart Ihr?“

Soldat: „Wir waren 24 Leute in meinem Trupp. Die anderen waren etwa 30. Es war ungefähr ausgeglichen, hier die Guerilla-Gruppe, dort wir, als Staatsmacht, Militär.“

Frage: „Wie ging die Sache aus?“

Soldat: „Also, die Dauer so eines Gefechts ist nicht lang, das sind keine Konfrontationen von Stunden, Tagen, nein. Höchstens 30 Minuten. In der Zeit fallen viele Schüsse. Diese Gruppen haben nicht die Kapazitäten, lange Gefechte zu führen. Sie haben nicht die nötige Logistik, keine guten Waffen, gute Munition. Außerdem haben sie keine Unterstützung aus der Luft oder durch andere Einheiten am Boden.“

Frage: „Und dann haben sie sich zurückgezogen?“

Soldat: „Ja, sie zogen sich zurück.“

Frage: „Gab es Tote?“

Soldat: „Ähm, dieses Mal war das Ergebnis ein toter Soldat, fünf verletzte Soldaten. Und zwei tote Guerilleros. [...]“

Frage: „Waren Sie in andere solcher Gefechte verwickelt?“

Soldat: „Ich war in mehreren Einsätzen, aber bei den anderen Gefechten gab es keine Resultate [Anm.: er meint Tote oder Schwerverletzte], weil, wie gesagt, sie nicht lange dauern. [...] Heute gibt es solche Einsätze zum Glück nicht mehr so oft, der Konflikt wandelt sich durch die Vereinbarungen, weil es das Abkommen gibt zwischen der Regierung und den Gruppen am Rand des Gesetzes, wodurch ein Waffenstillstand gilt.“

Frage: „Was denken Sie über das Abkommen?“

Soldat: „Es ist gut. Bisher sieht es so aus, dass wir einen Plan haben für das, was man wollte und dass es sich manifestiert. Es gibt weniger Verletzte, weniger Tote, sowohl auf Seite des Staats, als auch auf der Seite der Gruppen am Rand des Gesetzes.“

Frage: „Glauben Sie, dass Sie noch einmal in die Situation kommen werden, an so einem Gefecht teilzunehmen?“

Soldat: „Nein. Erstens, weil ich [durch die Verletzung] nicht mehr die physische Kapazität dafür habe. Und zweitens, weil im Moment nicht die Notwendigkeit besteht.“

Während dieses ersten Interviews läuft mein zweiter Gesprächspartner nervös durch den Raum. Setzt sich wieder hin, nimmt den Kasten meines Aufnahmegeräts und klappt ihn auf und zu. Gelegentlich klopft er mit den Fingern auf den Tisch. Ich frage mich, ob er meine Aufnahme stören will. Im folgenden Gespräch merke ich, dass er aufgewühlt ist. Es ist nicht einfach für ihn, gedanklich in die Vergangenheit zu reisen und dieses Interview mit mir zu führen. Seine inneren Wunden, die dieser eine, entscheidende Einsatz hinterlassen hat, sind bis heute nicht verheilt. Auch dieser große Mann in Uniform weicht meinem Blick aus. Als mein erster Gesprächspartner den Raum verlassen hat, beginnt er zu erzählen:

„Ich bin Hauptmann der nationalen Armee Kolumbiens. Ich bin seit etwa zehn Jahren hier, plus die drei Jahre Ausbildung in unserer Kadettenschule. Mein Ereignis war an einem Morgen im Jahr 2011, im Bezirk Cauca, in einer Operation zur Kontrolle des Gebiets. Wir wurden dort hineingeflogen. An einen Ort, wo man vermutete, dass sich dort Mitglieder der damaligen FARC aufhielten. Wir kommen also an, schauen uns um, überprüfen das Gebiet, organisieren das Personal. Wie man es immer macht, bei so einer Operation. Kleinigkeiten. Wir suchen nach Beweisen für die Informationen, die wir hatten, vermessen das Gelände, wie es uns aufgetragen wurde. Als wir alles eingerichtet haben, so um 9 Uhr morgens, bei hellem Tageslicht, zünden sie ein Minenfeld, mit mehr als 60 explosiven Artefakten in einer Linie.

Später stellt man fest, dass rund 80 Prozent davon hochgegangen sind, wodurch drei meiner Männer sterben, ebenso wie zwei weitere der anderen Einheit, mit der wir im Einsatz waren. Ich danke Gott dafür, dass mein Schaden zwar nicht minimal, aber doch gering war, im Vergleich zu dem, was dem Rest meiner Kameraden passiert ist. [Er beschreibt Verletzungen an Augen und Köpfen, die ich im Detail nicht wiedergebe.] Einige verließen diesen Ort also schwerverletzt. Besser gesagt wurden wir evakuiert und in eine nahegelegene Klinik gebracht, wo man uns behandelte. [...] Mögen diese fünf Männer in Frieden ruhen, die durch die Schuld dieser terroristischen Gruppe starben. Diese Terroristen, die - direkt oder indirekt – uns Schaden zugefügt haben, ebenso wie unseren Familien. Kinder, die zu Waisen wurden, Mütter, die ihre Söhne verloren, Ehefrauen, die in diesem Moment Witwen wurden. Diese jungen Soldaten haben das Vaterland verteidigt.“

Frage: „Was passierte Ihnen selbst?“

Soldat: „Konkret ging an dem besagten Tatort eine Mine an meinen Füßen hoch. Der Kamerad neben mir, mein Gehilfe in dieser Operation, mein Vertrauens-Soldat, wurde weggeschleudert, durch die Explosion. Diese Momente fühlen sich an wie eine Ewigkeit. Man liegt auf dem Boden, sieht Erde fliegen, Erde, Erde, ... Das sind praktisch Sekunden, aber sie fühlen sich ewig an. Später kommt dieser Gehilfe zu mir, schaut mich von oben bis unten an, um zu sehen, ob ich komplett bin. Als er meine Füße betrachtet, sieht er, dass sie ganz lila sind, weil praktisch die ganze Explosion auf meine Füße ging. Dieser junge Mann, dem ich für immer dankbar sein werde, leistet mir erste Hilfe und stabilisiert mich, bis ich in die Klinik komme. Dort teilt man mir mit, dass drei meiner Männer ... nicht gestorben sind, sondern ... ermordet wurden, das ist das Wort, durch diese Terroristen. Dort stellt man außerdem fest, dass ich einen Mittelfußbruch an beiden Füßen habe. Ich werde an Ort und Stelle operiert, um die Füße wiederherzustellen. [Atmet kurz durch]

Man bleibt nicht derselbe. Immer, wenn man aufwacht und läuft, spürt man es. [Er kämpft mit den Tränen, seine Stimme wird brüchig.] Das ist etwas, das niemals erlöschen wird. Aber ... Noch was?“

Wir unterbrechen das Interview für einen Moment. Die Spannung im Raum hat sich in Traurigkeit verwandelt. Wenig später fängt sich der Hauptmann wieder und signalisiert mir, dass wir weiter machen können. Ich frage ihn, was er über das Friedensabkommen denkt. Gibt es einen Frieden in Kolumbien?

„Also, nach dieser Erfahrung hat mich meine Familie viel unterstützt. Auch ihr bin ich sehr dankbar. Man weint nicht vor der Familie, man ist immer stark. In Bezug darauf, was jetzt im Land passiert, durch das Friedensabkommen mit dieser terroristischen Vereinigung, ist es offensichtlich, dass

es nicht mehr so viele Betroffene gibt. Nicht mehr so viele Mütter, die leiden. Denn die Person, die geht, möge sie in Frieden ruhen, ist nicht die, die leidet, sondern die, die bleiben. Heute gibt es weniger Betroffene. Nicht, dass es keine mehr gäbe. Aber es sind weniger Kinder, die in Zukunft ihre Mütter fragen werden, wer ihr Vater war und die ihn nicht in Fleisch und Blut kennenlernen, sondern nur von einem Foto.“

Wieder stockt meinem Gesprächspartner die Stimme und er bittet mich, die Aufnahme abzubrechen. Auch mir geht das Gespräch sehr nah und meine Fragen sind erstmal beantwortet.

Als das Aufnahmegerät aus ist, sagt er noch, als wolle er seine Tränen rechtfertigen, „man“ weine vor Wut. „Das eine ist, von diesen Sachen zu hören. Sie zu sehen, zu erleben, das ist nochmal etwas anderes.“

Nach diesem Satz springt er von seinem Stuhl auf und will den Raum verlassen. Dann entschließt er sich doch noch, ungefragt, mir Fotos zu zeigen, von damals. Er braucht nicht lange, um die Bilder auf dem Handy zu finden, obwohl die Ereignisse schon sieben Jahre her sind: Er auf einem Bett im Krankenhaus, mit geschwollenen Füßen und Metallstäben, die aus den Fußsohlen ragen und die ihm geholfen haben, heute wieder gehen zu können. Damals wirkt sein Gesicht noch jungenhaft und weniger gezeichnet von der Last des Erlebten.

Nach den Gesprächen spaziere ich mit Capitán Nuñez noch eine Runde über das bewaldete Gelände. Wir besuchen ein paar Biologen, die einen Teil des Waldes wieder aufforsten, wo sich Eukalyptus ausgebreitet und heimische Arten verdrängt hat. Stolz zeigen uns die Biologen wilde Orchideen, die sie im Dickicht entdeckt haben. Selbst hier am Rande der Großstadt bekomme ich eine Ahnung von der Biodiversität des Landes.

Dann begleitet mich Nuñez zum Ausgang des Geländes. Die Gespräche haben mich nachdenklich gemacht und werden noch eine Weile nachwirken. Natürlich ist es keine Überraschung, dass der Krieg Wunden hinterlassen hat. Trotzdem war es für mich wichtig, die Betroffenheit auch auf dieser Seite kennenzulernen – und die Sichtweise des Militärs als Staatsmacht, dass der Krieg durch das Friedensabkommen formal erstmal vorbei sei.

Zweifel bleiben trotzdem. Schließlich ist es kein Geheimnis, dass es immer noch Regionen in Kolumbien gibt, die nicht „sicher“ sind, in denen FARC-Dissidenten oder andere bewaffnete Gruppen die Vorherrschaft haben und die Bevölkerung unterdrücken. Auch, wenn man hier beim Militär lieber die andere Seite der Medaille beleuchtet – und hofft, dass sich der Konflikt nicht wieder zuspitzt und die Soldaten wieder stärker involviert werden.

Auf die Rückmeldung des Militärkrankenhauses, das ich ursprünglich besuchen wollte, warte ich in den kommenden Tagen in Bogotá vergebens.



Mehrmals habe ich Kontakt mit der zuständigen Pressesprecherin, per Telefon und WhatsApp. Jedes Mal vertröstet sie mich, dass man sich bei mir melden werde, wenn die Hauptverantwortliche über meine Anfrage entschieden habe. Bis heute steht die Entscheidung wohl noch aus.

### **5. Tausende für den Frieden: Mahnwache gegen die Morde an Menschenrechtlern**

Kolumbien ist, wie vorab schon angedeutet, ein Land der Kontraste. Landschaftlich: von Karibikküste über Hochgebirge bis Regenwald. Sozial: von Wellblechhütte bis Luxusanwesen. Wenig verwunderlich, dass mir auch in Bezug auf Meinungen und politische Ausrichtung innerhalb weniger Tage immer wieder entgegengesetzte Realitäten begegnen.

Für den Tag nach meinem Besuch beim Militär ist eine Kundgebung mit einer großen Demonstration auf der Plaza Bolívar angekündigt, gegen die Morde an Menschenrechtlern und Sozialaktivisten, die sich in den letzten Wochen und Monaten häufen. Es soll die bisher größte Demonstration zu diesem Thema werden. Um 18 Uhr soll die Demo beginnen. Nicht nur in Bogotá, auch in anderen kolumbianischen Städten, außerdem in Berlin, Paris und Sydney sind Kundgebungen geplant.

Die große Anteilnahme hängt mit der immer problematischeren Situation zusammen: In der ersten Jahreshälfte 2018 wurde fast täglich ein Mensch getötet, der sich politisch engagierte für Themen wie Menschenrechte oder Umweltschutz. Das schreibt die kolumbianische Nichtregierungsorganisation Indepaz, die die Morde an Menschenrechtlern seit Jahren dokumentiert und analysiert. 123 Morde in einem halben Jahr – das ist ein trauriger Höchststand, der sich in den vergangenen Jahren langsam abzeichnete: Laut Indepaz gab es 2002, als die Aktivitäten der FARC noch in vollem Gange waren, drei solcher gezielten Morde. 2016, im Jahr der finalen Verhandlungen und Abstimmungen zum Friedensabkommen, waren es 116. 2017 wurden 191 Aktivisten getötet. Nach den Präsidentschaftswahlen im Mai 2018 stieg die Zahl nochmal sprunghaft an, allein in der Woche vor der Demonstration sollen neun Aktivisten getötet worden sein.

Auch Vertreter von Minderheiten wie Indigenen und Afrokolumbianern, Angehörige des Wahlkampfteams des linken Präsidentschaftskandidaten Gustavo Petro und Verantwortliche für die Umsetzung des Friedensabkommens in den ländlichen Gebieten Kolumbiens sind unter den Opfern. Meist sind die genauen Umstände unbekannt, ebenso wie die Täter. In einigen Regionen waren im Zusammenhang mit den Morden Drohschreiben aufgetaucht, die im Namen der paramilitärischen Gruppe Aguilas Negras

(Schwarze Adler) verfasst sind.

Gerade das ruft die Opposition in Kolumbien auf den Plan. Die Paramilitärs gehören zu den mächtigsten bewaffneten Akteuren, die am jahrzehntelangen Konflikt in Kolumbien beteiligt waren und bis heute präsent sind. Sie kontrollieren – neben den verbliebenen Guerilla-Gruppen – unter anderem den Drogenanbau und -handel und setzen ihre Ziele mit Gewalt, Vertreibung und Unterdrückung durch. Schutzgelderpressung und gezielte Morde sind dabei Mittel zum Zweck. Ein großer Teil der Paramilitärs hatte sich, damals noch unter dem Namen AUC (Autodefensas Unidas de Colombia, Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens) vor rund 12 Jahren offiziell einem Demobilisierungsprozess unterzogen, nach Verhandlungen mit dem damaligen Präsidenten Álvaro Uribe. Allerdings bildeten sich bald wieder neue paramilitärische Gruppen; viele der mehr als 15.000 Angehörigen der AUC gaben ihre Waffen gar nicht erst ab.

Ex-Präsident Uribe vom Centro Democrático wird von der Opposition schon lange vorgeworfen, dass er selbst Aufträge an die Paramilitärs verteilt haben soll, um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Seit Anfang des Jahres ermittelt der Oberste Gerichtshof Kolumbiens zu dem Verdacht, ob Uribe tatsächlich Kontakte zu Paramilitärs hatte. Es geht unter anderem um Bestechung und Falschaussagen.

Eine viertel Stunde vor dem offiziellen Beginn der Demo füllt sich der Platz langsam. Noch kann ich problemlos hin und herlaufen und mir einen Überblick verschaffen. In der Mitte des Platzes stehen Pappfiguren auf einem Podest, die einige Mordopfer repräsentieren. An einer anderen Stelle beginnen Menschen, mit Kreide Namen und Todesdaten auf die Pflastersteine zu schreiben. Vor den Pappfiguren beginnt eine Frau mit Mikrofon, Parolen anzustimmen. „Gerechtigkeit“ oder „Nicht ein Toter mehr“ ruft sie. Die Menge stimmt mit ein.

Die Stimmung ist friedlich, der Tenor eindeutig. Die Menschen sind wütend und traurig darüber, dass offenbar gezielt Menschenrechtler und andere Aktivisten umgebracht werden, ohne nennenswerte Konsequenzen.

Als es gegen 19 Uhr dunkel wird, ist fast kein Durchkommen mehr auf dem Platz. Meine Gastmutter Maria sagt mir später, sie habe den Platz noch nie so voll gesehen. Auch in den Seitenstraßen auf dem Weg zur Plaza Bolívar drängen sich die Menschen. Tausende stehen da, mit Fahnen, Bannern, Trommeln – und die meisten mit Kerzen, die auf dem Platz selbst verteilt werden. Aus allen Richtungen höre ich immer wieder neue Parolen: „Warum ermorden Sie uns, wenn wir doch die Hoffnung Lateinamerikas sind?“, skandiert eine Gruppe. Oder: „Seht her! Das ist keine Regierung, das sind Paramilitärs an der Macht!“ Der neue Präsident, Iván Duque vom Centro Democrático, gilt als politischer Ziehsohn Álvaro Uribes.

Ich halte mein Aufnahmegerät eng am Körper und schlängele mich durch die Menge. Zwei Männer mittleren Alters spreche ich an, um zu erfahren, warum sie heute hier sind. Sie sind selbst Aktivisten und geben mir zu verstehen, dass sie ihre Arbeit nicht mehr ohne Angst ausüben können. Der erste von beiden stellt sich als Iván Perdomo Londoño vor, Mitglied der „Confederación Comunal Nacional del País“ – einer Organisation, die die Rechte von Menschen in Bauernschaften oder kleinen Gemeinden repräsentiert. Menschen, die in Kolumbien oftmals besonders unter der Präsenz illegaler Gruppen leiden.

„Wir fordern schon seit langem, dass unser Leben respektiert wird, ebenso wie die Meinungsfreiheit und die Freiheit, in unseren Gebieten die Menschenrechte zu schützen“, sagt Londoño. „Deshalb sind wir heute hier, um ein Zeichen zu setzen für all unsere líderes sociales (wörtlich: soziale Führer), die gefallen sind. Und für alle die, die bedroht werden.“

Ich frage ihn, welche Rolle die neue Regierung im Zusammenhang mit der Problematik für ihn spielt. Darauf zögert er. Dann sagt er, das sei eine sensible Frage. „Durch die Erfahrungen, die wir mit den vergangenen Regierungen gemacht haben, haben wir Angst, öffentlich darüber zu sprechen. Denn ehrlich gesagt spüren wir, dass der Druck von einem Apparat kommt, der der Staat selbst ist. Und jedes Mal, wenn wir auf die Straße gehen, um zu protestieren, fürchten wir uns und sind angespannt, denn da ist auch noch eine Familie, die auf uns wartet.“ Die Stimme des drahtigen Mannes mit den kurzen, grauen Haaren, zittert. Er wirkt zugleich verunsichert und kämpferisch, als er sagt: „Aber sie können uns nicht mundtot machen. Denn wir glauben immer noch daran, dass es Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in diesem Land geben muss.“ Die neue Regierung müsse sich dafür einsetzen. Damit wäre auch Aktivisten wie ihm geholfen, meint Londoño. „Dafür müssen sie uns keinen Polizisten an die Seite stellen. Nein. Dafür braucht es eine klare politische Linie, die uns tatsächlich eine bessere Lebensqualität bietet. Denn, wenn wir nicht die Probleme hätten, in den Gebieten, in denen wir arbeiten, dann wären wir líderes auch nicht in dieser Situation, dass wir bedroht werden oder sogar sterben.“ Im Hintergrund ruft die Menge: „Der Frieden darf uns nicht das Leben kosten!“

Der Mann, der neben Londoño steht und im Gesundheitssektor arbeitet, ergänzt, die Regierung müsse Mechanismen entwickeln, die nicht nur die privilegierten Klassen im Land schützen: „Der Staat muss dafür sorgen, dass nicht Menschen verschwinden, nur weil sie eine andere Meinung vertreten als das Establishment.“

Auch Amnesty International hatte Anfang Juli schon von einer „stillen Komplizenschaft der kolumbianischen Behörden“ in Bezug auf die Morde gesprochen – und sieht dabei einen direkten Zusammenhang zum Post-Kon-

flikt. Das Problem laut Amnesty: In den Regionen, die vor dem Friedensabkommen am stärksten vom bewaffneten Konflikt betroffen waren, geht die Umsetzung des Vertrags zu langsam voran. Der Staat sei dort nicht ausreichend präsent, um den Menschen in den Regionen, in denen einst die FARC regierte, neue Perspektiven zu eröffnen. Dadurch könnten bewaffnete Akteure diese Territorien besetzen und Menschenrechtsverteidiger „in völliger Straflosigkeit“ ermorden – schreibt Erika Guevara-Rosas, Amnesty-Koordinatorin für Südamerika in einer Stellungnahme (amnesty.org, latest news vom 9.7.2018). Auch sie nennt dabei explizit paramilitärische Gruppen als mutmaßliche Akteure, deren Präsenz seit dem Abschluss des Friedensabkommens wieder zunehme.

Zwei junge Frauen, die ich inmitten der Menge anspreche, machen vor allem die illegalen Geschäfte im Land dafür verantwortlich, dass es bisher keinen echten Frieden gebe: „Diese Morde passieren überwiegend in Regionen, in denen es illegalen Bergbau oder Drogenanbau gibt. Solange die internationalen Regierungen diese Drogen nicht legalisieren und die kolumbianische Regierung in diesen Gebieten nicht präsent ist, wird sich das Problem nicht lösen lassen“, sagt eine der beiden Frauen, die eine Kerze in der Hand hält.

Auch ein anderer junger Mann, den ich nach seiner Meinung frage, bezieht klar Stellung. Das Land sei am Ende, die Demokratie existiere quasi nicht mehr. „Die großen Firmen und wirtschaftlichen Großmächte versuchen, sich an diesem Land zu bereichern. Die Aktivisten, die etwas dagegen unternehmen wollen, dass sie uns ausrauben, bringen sie einfach um. Und dabei werden sie unterstützt von der dominierenden politischen Klasse, der extremen Rechten“, sagt er.

In der Menge sehe ich Fahnen verschiedener Organisationen wehen, mit Aufschriften, Farben und Symbolen, die ich aus der Entfernung nicht immer zuordnen kann. An einer Stelle im Zentrum des Platzes erkenne ich dann doch ein Symbol, das mehrere große, weiße Fahnen ziert: eine stilisierte rote Rose – das Zeichen der FARC-Partei. Es ist mein erster realer Kontakt mit dieser Gruppe, die bis vor kurzem noch auf Drogenhandel, Entführungen und Erpressung spezialisiert war – und deren Vertreter heute im kolumbianischen Parlament sitzen. Mit einem Gefühl von Neugier, aber auch Unsicherheit darüber, was mich erwartet, nähere ich mich der Gruppe und komme mit einer jungen Frau ins Gespräch, die eine der Fahnen schwenkt.

Sie ist hübsch, hat ihre dunklen langen Haare zu einem Pferdeschwanz gebunden und trägt ein weißes Tuch um den Hals, ebenfalls mit der roten Rose darauf. Sie redet schnell, aber klar. Eine echte Politikerin. So eröffnet sie auch das Gespräch: „Wir sind heute hier, als Partei Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común um uns solidarisch zu zeigen mit all den líderes,

die getötet wurden. Wir sind in einem Friedensprozess, trotzdem sind seit dem Abschluss des Abkommens mehr als 200 Aktivisten gestorben, Männer und Frauen, in allen Regionen des Landes. Diese neue Regierung muss garantieren, dass das, was in den Verträgen unterschrieben wurde, auch umgesetzt wird. Vor allem muss sie dafür sorgen, dass die Paramilitärs zerlegt werden, denn sie sind es, die diese Menschen töten.“ Ich frage sie ob sich für sie seit dem Abschluss des Friedensabkommens dennoch etwas geändert hat. „Klar, die Verträge haben dafür gesorgt, dass die Menschen uns anders wahrnehmen. Die Medien haben eine wichtige Rolle gespielt in Bezug auf den Krieg und sie haben uns als Terroristen dargestellt und als die einzigen Verantwortlichen für diesen Krieg. Jetzt, seit das Abkommen geschlossen wurde, haben auch sie sich dem Prozess der Versöhnung angeschlossen und beschlossen, ein neues Bild zu zeichnen“, sagt die Frau, die nach eigener Aussage 14 Jahre lang als Guerilla-Kämpferin im Dschungel lebte, in den Bergen. Außer Reichweite der Behörden. Heute ist sie im Vorstand der regionalen Vertretung der Partei in der Hauptstadt.

Wenig überraschend sieht auch sie die neue Regierung kritisch. Die extreme Rechte an der Macht, das sei schwierig, meint sie. „Das sind die Anhänger Álvaro Uribes, ihnen nützt der Krieg, das sind die größten Sponsoren der Paramilitärs. Die wollen das Abkommen umwerfen. Aber dieses Abkommen ist kein Vertrag zu Gunsten der FARC. Da geht es um die Sozialstruktur des Landes und damit um das Wohl aller Kolumbianer.“

Das Gespräch hinterlässt bei mir einen bleibenden Eindruck. Dass ich hier auf eine Frau treffe, die direkt an dem Krieg in Kolumbien beteiligt war, auf der Seite der Guerilla, damit hatte ich nicht gerechnet. Doch zeigt mir die Begegnung, dass eben alle Beteiligten Teil der alltäglichen kolumbianischen Realität sind. Inmitten der Demo, wo weiter laute Rufe aus allen Richtungen kommen und sich immer wieder jemand eng an uns vorbeidrängt, ist nicht so viel Raum, noch weiter zu sprechen. Obwohl ich es spannend gefunden hätte, noch mehr von ihr zu erfahren, endet also unser kurzes Interview so plötzlich, wie es sich ergab.

Bisher gibt es weder Beweise dafür, dass die kolumbianische Regierung die Paramilitärs unterstützt, noch dafür, dass sie es sind, die hinter den Morden stecken, gegen die heute Tausende auf die Straße gehen. Trotzdem: Die Menge hat einen klaren Standpunkt und es fällt mir schwer, meine journalistische Unparteilichkeit zu bewahren – auch wenn die Situation viel zu komplex ist, um mir ein klares Urteil bilden zu können.

Nach einigen Interviews und immer wieder Gänsehaut angesichts der vielen bewegten Menschen gehe ich mit vielen neuen Fragen nach Hause.

In den nächsten Tagen recherchiere ich in kolumbianischen Medien, wie die Regierung sich zu den Geschehnissen positioniert. Ich stoße auf die Aus-

sage des damaligen kolumbianischen Verteidigungsministers Luis Carlos Villegas, der Ende 2017 in der Nachrichtensendung „Noticias Uno“ zu den Morden an Sozialaktivisten und Menschenrechtlern interviewt wurde. Dabei sagte er, dass „die überwiegende Mehrheit dieser Morde“ auf Nachbarschaftsstreitigkeiten oder Eifersüchteleien und illegale Geschäfte zurückgehe. Eine Systematik hinter den Morden schloss er auf Nachfrage aus.

Trotzdem verpflichtete sich die kolumbianische Regierung kurze Zeit nach der Groß Demo in einem Pakt mit anderen staatlichen Institutionen dazu, die Aktivisten künftig besser zu schützen; unter anderem durch bessere Aufklärung über die Wichtigkeit ihrer Arbeit, bessere Vernetzung zwischen den Behörden und den Aktivisten selbst und die Einrichtung eines Notfall-Telefons. Außerdem soll demnach mehr für die Aufklärung der Taten getan werden.

Unterdessen gehen die Morde weiter: Im September forderten auch die Vereinten Nationen von der kolumbianischen Regierung, mehr für den Schutz der Menschenrechtler und Aktivisten zu tun. Laut Uno sind bis zu dem Zeitpunkt des Aufrufs 160 Morde gezählt worden.

## **6. Stärker als die Angst. Zu Besuch bei der Friedensgemeinschaft San José de Apartadó**

### **6.1 Vorbereitung auf die „Zona Roja“**

Der Norden Antioquias gehört zu den Regionen in Kolumbien, die von ausländischen wie einheimischen Touristen gemieden werden. Der Bezirk ist auch einer derer, in denen es trotz Friedensabkommens keine Ruhe gibt – und in denen mit die meisten Morde an kommunalen Vertretern und Menschenrechtlern passiert sind.

Das Auswärtige Amt rät in seinen Sicherheitshinweisen explizit davon ab, in die Region zu reisen. Konkret heißt es da: „Insbesondere in den Grenzregionen Kolumbiens, sowie in ländlichen, dünn besiedelten Gebieten mit schwacher Infrastruktur ist die staatliche Kontrolle nicht gewährleistet. In den betroffenen Regionen sind Entführungen, Raub und andere Gewaltdelikte bis hin zu offenen Kämpfen krimineller Banden sowie Anschläge auf die Staatsgewalt daher jederzeit möglich. Auch wenn Touristen in der Regel nicht Ziel von Anschlägen sind, besteht die Gefahr von Kollateralschäden.“

Mein nächstes Ziel, Apartadó, liegt in Antioquia – und somit mitten in einem dieser Gebiete. Die Nähe zur Grenze mit Panama begünstigt den Drogenhandel und die spärliche Präsenz des Staats sorgt für besagt schwache Infrastruktur.

Beim Auswärtigen Amt, das weiß ich von vergangenen Reisen, klingt alles

meist schlimmer, als es ist. Doch auch die Kolumbianer, denen ich von meiner Idee erzähle, nach Apartadó zu fahren, reagieren irritiert. Einmal werde ich gefragt, ob ich dort Familie habe. Ansonsten gebe es doch keinen Grund, in die Region zu reisen. Von „zona roja“ spricht eine andere junge Frau, als sie Apartadó hört – rote Zone: Eine Art No-Go-Area?

Ich bin hin und hergerissen. Mein Anspruch an meine Recherche ist, nicht nur mit Großstädtern über die Lage in den ländlichen Regionen Kolumbiens zu sprechen, sondern auch mit Menschen vor Ort. Gleichzeitig will ich gegenüber realen Risiken nicht leichtsinnig sein.

Noch in Deutschland hatte ich durch eine Bekannte von der Friedensgemeinschaft „Comunidad de Paz de San José de Apartadó“ (CdP) erfahren. Sie war zwar selbst nicht dort, hatte aber bei einer Reise durch Kolumbien davon gehört. Meine erste Recherche nach dem Gespräch mit ihr ergab ungefähr Folgendes: Da gibt es dieses Dorf, irgendwo im Nirgendwo, in dem sich vor mehr als 20 Jahren einige hundert Bauern zusammengeschlossen haben, um gewaltlosen Widerstand gegen die bewaffneten Akteure in ihrem Umfeld zu leisten. Ihre Mission haben sie bis heute aufrechterhalten und leben als Bauern unter einfachen Bedingungen zusammen. Über die Jahre haben mehr als 200 Mitglieder der Gemeinschaft ihren Einsatz für den Frieden mit dem Leben bezahlt – ermordet, weil sie die Gewaltspirale durchbrechen wollten.

Einen direkten Kontakt zu der Gemeinschaft suche ich im Netz vergeblich. Irgendwann stoße ich auf eine Verbindung zur Lebensgemeinschaft Tamera in Portugal, einem selbsternannten Friedensforschungszentrum, in dem Aussteiger und Suchende alternative Lebensentwürfe ausprobieren. Tamera unterstützt die Gemeinschaft in Kolumbien, ohne dass die ideologische Ausrichtung – bis auf den Vorsatz des Pazifismus – die gleiche wäre. Während in Tamera auch Fragen zur freien Liebe diskutiert werden, geht es in der CdP ums blanke Überleben.

Über eine Frau, die in der Gemeinschaft in Portugal lebt und selbst schon mehrmals die Friedensgemeinschaft in Kolumbien besucht hat, bekomme ich schließlich eine E-Mail-Adresse der CdP und die Telefonnummer von Roviro, um mich mit den Menschen in Apartadó zu verabreden.

Ich erreiche meinen Kontaktmann beim dritten Versuch. Roviro klingt am Telefon verhalten, sichert mir aber zu, dass ich kommen kann, um das Projekt und die Situation vor Ort kennenzulernen. Die Gemeinschaft geht zwar immer wieder mit Berichten aus den eigenen Reihen nach außen, bei der Auswahl seiner Besucher sind die Mitglieder aber vorsichtig. „Wir haben hier im Moment echte Probleme“, sagt Roviro am Telefon. Die Situation sei schwierig.

Überall seien Paramilitärs<sup>2</sup>. Unsicher frage ich, ob es denn dann eine gute Idee sei, wenn ich käme. „Das ist kein Problem. Wir haben immer wieder ausländische Besucher. Ihnen passiert hier nichts,“ meint Roviro.

Wir verabreden uns für die kommende Woche. Drei Tage möchte ich bei der Gemeinschaft verbringen. Gespannt reise ich von Medellín aus mit dem Bus acht Stunden nach Apartadó, in die nächstgrößere Stadt, von der aus ich die Friedensgemeinschaft erreichen soll. Laut Roviro ist Apartadó dann nur noch eine dreiviertel Stunde und mit einer Art Linien-Jeep erreichbar von der Friedensgemeinschaft entfernt; die liegt auf dem Weg ins Dorf San José, die letzte Station des Jeeps, denn dort endet die Straße und es führen nur noch Trampelpfade in den Urwald hinein und zu den nächsten Siedlungen.

Es ist karibisch heiß, als ich in Apartadó ankomme. Sonnig, drückend. Die Stadt wirkt heruntergekommen, die Menschen überrascht, eine europäische junge Frau in den Straßen herumlaufen zu sehen.

Noch bevor man mir ein Zimmer im ersten Hotel zeigt, das ich ansteuere, fragt man mich ruppig, ob ich denn Papiere hätte. Ansonsten könne ich es vergessen. So „freundlich“ wurde ich bisher noch in keinem Ort in Kolumbien empfangen. Allerdings waren die Zimmer auch noch nirgends so günstig. Ich bleibe eine Nacht in Apartadó, um am nächsten Morgen zu der Friedensgemeinschaft aufzubrechen. Alle 30 Minuten sollen die Jeeps vom Busbahnhof aus starten. Doch als ich, wie vereinbart, Bescheid sagen will, dass ich mich auf den Weg mache, erreiche ich Roviro nicht mehr.

Mein einziger Kontaktmann hat sein Handy ausgeschaltet – und ganz klar ist mir noch nicht, wie ich zu der Gemeinschaft finde: Ob der Eingang direkt an der Haltestelle des Jeeps liegt, oder ich noch hinlaufen muss, durch ein Gebiet, das ich nicht kenne und dem ich nicht recht traue. Mir schwirren Fragen durch den Kopf: Ist Roviro etwas passiert? Und wie kann ich trotzdem Zugang zu der Gemeinschaft bekommen?

Wieder bringt mich ein kurzer Hilferuf nach Portugal weiter, der modernen und allgegenwärtigen Technik sei Dank: Ich erreiche meine Kontaktfrau in Tamera und sie wiederum erreicht telefonisch jemanden in der Gemeinschaft. Von ihr erfahre ich, dass Roviro unterwegs ist, in einem Gebiet, in dem es keinen Handyempfang gibt. Er komme erst morgen zurück. Ich könne aber einfach hinfahren, man werde sich um mich kümmern. Der Jeep-Fahrer werde mich direkt vor dem Eingang absetzen.

<sup>2</sup> *Ob es sich bei den bewaffneten Akteuren in der Region ausschließlich um paramilitärische Einheiten handelt, lässt sich nicht letztendlich sagen, da es zur aktuellen Lage keine offiziell gesicherte Beweislage gibt. Theoretisch können, wie auch von der kolumbianischen Regierung dargestellt, auch andere Akteure, beispielsweise Kleinkriminelle oder Angehörige kleinerer Guerilla-Gruppen, vor Ort ihr Unwesen treiben. Dennoch ist aufgrund der Erfahrungsberichte der Menschen vor Ort davon auszugehen, dass paramilitärische Gruppen, insbesondere die „Autodefensas Gaitanistas de Colombia“ (AGC) – auch bekannt als Golf-Clan, in der Region um Apartadó stark vertreten sind – was auch in der Berichterstattung einschlägiger kolumbianischer wie internationaler Medien, ebenso wie in den Berichten von Menschenrechtsorganisationen, als Common Sense gilt.*



## 6.2 Es wird ernst

Die Fahrt ist holprig, der Boden staubt. Mit mir quetschen sich 15 weitere Menschen auf die Ladefläche des Jeeps, die rechts und links zwei schmale Bänke parat hält – und ein paar Stehplätze am hinteren äußeren Ende.

Als wir die Gemeinschaft erreichen, signalisiert mir der Fahrer, auszusteigen. Zwei Männer hieven meinen schweren Rucksack vom Dach und stellen sich wieder hinten auf die Fläche. Außer mir steigt niemand bei der Friedensgemeinschaft aus.

Da stehe ich jetzt in der Wildnis. Auf der einen Straßenseite ein grüner Hügel, dichter Urwald. Auf der anderen: Das Gelände der Gemeinschaft, umgeben von einem symbolischen, hohen, aber durchlässigen Zaun. Über dem Eingangstor hängt ein großes, selbstgemaltes Schild, das an den 20. Geburtstag der Gemeinschaft im vergangenen Jahr erinnert.

Während ich mich noch umschaue, kommt mir ein junger, drahtiger Mann mit kurz geschorenen Haaren und kantigem Gesicht entgegengeläufig. Er stellt sich als Germán vor. Später erfahre ich, dass er der rechtmäßige Vertreter der Gemeinschaft ist, dass mehr als ein Dutzend seiner Familienmitglieder umgebracht wurden, darunter sein Vater und mehrere Brüder – und dass er selbst vor rund einem halben Jahr nur knapp einem Attentat entkommen ist.

Ich stelle ihm mich und mein Anliegen nochmal vor: Die Gemeinschaft und ihre Probleme im Zusammenhang mit dem Post-Konflikt kennenzulernen und darüber zu berichten. „Dazu kann dir hier jeder etwas erzählen“, sagt Germán. „Sprich die Leute einfach an.“

Germán bringt mich zu dem Gebäude, in dem ich übernachten soll. Das ganze Dorf besteht aus einfachen Holzhütten, um die herum Hühner, Schweine und Hunde laufen. In der Mitte zwischen den Häusern steht eine große Kapelle. Hier gedenken die Mitglieder der Gemeinschaft ihrer Toten – und hier können sie auch heiraten. Hinter der Kapelle erstreckt sich ein Denkmal, in dem die sterblichen Überreste einiger Mitglieder der Gemeinschaft aufbewahrt werden. Fotos und Steine mit Namen, die einen Weg auf dem Boden markieren, geben den Hunderten Toten eine Identität. Von einigen fehlt bis heute jede Spur.

Das Haus, in dem ich schlafen werde, ist größer als die meisten anderen. Darin seien die internationalen Besucher und Helfer untergebracht, erklärt mir Germán. Bevor ich die anderen Bewohner kennenlerne, führt er mich noch auf dem Gelände herum und zeigt mir das Schulgebäude, in dem die Kinder der Gemeinschaft eine „alternative Bildung“ bekommen: „Bei uns ist die Schule freier, als der staatliche Unterricht. Wir passen die Themen und die Zeiten flexibel an, je nachdem, was die Kinder brauchen.“ Heute

lernen die Kinder zum Beispiel etwas über verschiedene Böden. Eine Thematik, an die ich mich in meinem Erdkundeunterricht nicht erinnern kann. Hier aber werden die meisten später genau dieses Wissen brauchen, um wie ihre Eltern das Land zu bewirtschaften. Trotzdem sind auch „gewöhnliche“ Inhalte wie Lesen, Schreiben und Rechnen elementare Bestandteile des Programms – obwohl viele ältere Mitglieder der Gemeinschaft das alles nie in einer Schule gelernt haben.

Neben der Schule gibt es noch eine Küche, in der jeden Tag zwei Frauen für die Kinder und die Alten in der Gemeinschaft kochen. Auch ich darf mich hier mittags versorgen lassen und werde am Ende nur nach einer freiwilligen Spende dafür gefragt. So komme ich auch mit den Kindern der CdP in Kontakt, die ganz neugierig mein Aufnahmegerät beäugen – und ziemlich ausgelassen und gesund auf mich wirken.

### **6.3 Der Geist der Jugend: „Eher sterbe ich, als dass ich freiwillig gehe“**

Levis steht neben einem dunkelbraunen, gesattelten Pferd unter einem Baum und begrüßt mich mit einem breiten Lächeln. Er stellt sich mir als ein Mitglied des Rates vor. Dem gehören acht Mitglieder der Gemeinschaft an, erklärt er mir; sechs Männer, zwei Frauen. Sie kümmern sich um die organisatorischen Angelegenheiten im Dorf und vermitteln, wenn es Probleme gibt.

Levis ist der erste, der mich konkret mit der Realität der Gemeinschaft außerhalb des trügerischen Dorf-Idylls konfrontiert. Auch er, der heute 23 ist, hat seinen Vater verloren. Er wurde ermordet, als Levis fünf Jahre alt war. „Durch Paramilitärs“, sagt Levis. Die seien schon immer in dem Gebiet aktiv gewesen, sagt er, „aber seit die FARC weg ist, sind es noch mehr geworden. Es sind Hunderte. Jedes Mal, wenn wir rausreiten, sehen wir sie. Sie bedrohen uns und die anderen Bauern in der Gegend. Wir ordnen uns ihnen nicht unter und denunzieren sie immer wieder, weil die Regierung nicht zugeht, dass sie sich hier in der Region ausgebreitet haben. Das passt ihnen nicht – und deshalb bringen sie uns um.“

Der junge Mann, der vor mir steht, spricht wie ein Politiker. Manche Formulierungen hat sich Levis schon zurechtgelegt, um die Situation, in der die Gemeinschaft lebt, gegenüber Außenstehenden bildhaft deutlich zu machen, wie zum Beispiel diesen Satz, den er gleich zwei Mal innerhalb des Gesprächs fallen lässt: „Früher war die Guerilla der Krebs Kolumbiens. Heute ist es der Paramilitarismus.“

Immer wieder kommen Besucher wie ich zu der Gemeinschaft, führen In-

interviews, hören Geschichten über das Grauen, erzählen sie weiter. Doch es ändert sich nichts. Laut Levis lebt die CdP nach wie vor zwischen den Fronten. Nur, dass sich das Bild verändert hat: „Als es die Guerilla noch gab, gab es Gefechte. Dann hörte man hier bei uns die Schüsse, wenn die Armee auf die Guerilleros traf. Heute hört man keine Schüsse mehr, weil die Paramilitärs und die Armee sich nicht begegnen. Aber wir Bauern, wir begegnen ihnen.“

Immer mehr Bauern in der Umgebung hätten sich den Paramilitärs angeschlossen, sagt Levis. Sie hätten auch keine andere Wahl: Mitmachen oder gehen – oder gegangen werden.

„Die machen hier die Gesetze. Erheben Steuern, obwohl sie nicht das Recht dazu haben, zwingen dich, Koka anzubauen. Das Militär hätte die Legitimation, sie zu bekämpfen. Schließlich ist das eine illegale Gruppe, nicht wahr? Aber sie tun es nicht“, meint Levis – und erklärt weiter: „Wir als Comunidad de Paz sind hier autonom. Wir ergreifen keine Waffen und auch keine Partei für die eine oder andere Gruppe. Dafür verlangen wir, dass sie unser Gebiet respektieren und uns in Ruhe lassen.“

Formal gesehen genießt die CdP einen besonderen, rechtlichen Schutz, eben durch die offizielle Erklärung dieser neutralen Zone 1997, die vom kolumbianischen Staat auf dem Papier anerkannt wird. Außerdem haben das kolumbianische Verfassungsgericht und der interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte der Gemeinschaft eine besondere Schutzbedürftigkeit zugesprochen, die der kolumbianische Staat gewährleisten müsste.

Trotzdem ist die Realität der Menschen hier von Angst und Bedrohung geprägt: Allein gehen die Mitglieder der Gemeinschaft nicht in die Wälder und auf die Felder außerhalb ihres umzäunten Gebiets. Das sei zu gefährlich, erklärt mir Levis. Wenn sie unterwegs sind, dann in Gruppen – und wann immer es möglich ist, in Begleitung internationaler Repräsentanten von Friedensorganisationen, Nicht-Regierungs-Organisationen wie den „Internationalen Friedensbrigaden“ oder der italienischen „Operazione Colomba“ (Operation Friedenstaube). Einige wenige Vertreter dieser Organisationen sind auch auf dem Gelände der Gemeinschaft innerhalb des Zauns mehr oder weniger dauerhaft präsent – ein Garant für die Mitglieder, dass bisher keine bewaffneten Akteure einfach die Gemeinschaft stürmten und ein Massaker an ihnen verübten. „Wenn hier Ausländer sterben würden, dann könnten die kolumbianische Regierung und die internationale Gemeinschaft nicht mehr wegschauen“, meint Levis.

Mir läuft ein Schauer über den Rücken. Gleichzeitig beruhigen mich seine Worte auf eine skurrile Weise. Ich scheine hier eben nicht Zielscheibe zu sein.

Trotz der ständigen Bedrohung ist Aufgeben für die meisten keine Option –

so auch für Levis: „Meine Mutter hat mich hierhergebracht, als ich zwei Jahre alt war. Heute bin ich erwachsen und hier, um die Geschichten zu erzählen, die hier passieren. Mein Vater, den haben sie umgebracht. Aber sie können uns nicht vertreiben. Mein Vater ist das Land, die Gemeinschaft, er lebt weiter in der Erinnerung – und in unserem Kampf. Ich werde diesen Ort nicht verlassen. Eher riskiere ich, dass mir das gleiche Schicksal widerfährt, wie meinem Vater.“

#### **6.4 Exkurs: Tiefe Wunden. Das Massaker von San José de Apartadó**

2005 „schaffte“ es die Comunidad de Paz de San José de Apartadó international in die Schlagzeilen. Damals waren an einem Tag acht Mitglieder der Gemeinschaft ermordet worden, darunter drei Kinder zwischen zwei und 11 Jahren. Davon hatte ich während der Recherche vor meinem Besuch schon gelesen – und auch, dass die Gemeinschaft deshalb Teil der geplanten Verfahren der JEP ist: der *Jurisdicción especial para la Paz* (Sondergerichtsbarkeit für den Frieden). Die JEP ist ein wichtiger Bestandteil des Friedensabkommens und soll unter anderem dafür sorgen, dass Opfer des jahrzehntelangen Konflikts Aufklärung bekommen und entschädigt werden. Dabei kümmert sich die JEP um „besonders schwerwiegende und repräsentative Delikte“<sup>3</sup>. Tatsächlich geht ihre Arbeit schleppend voran und wird in der Bevölkerung skeptisch gesehen: Die Friedensgemeinschaft CdP will sogar gemäß ihrer Satzung auf die versprochenen Entschädigungen verzichten, weil die Mitglieder es für eine Perversion halten, sich den Tod von Familienmitgliedern durch Geld vom Staat aufwiegen zu lassen – das höre ich mehrfach im Laufe meines Aufenthalts.

Damals, vor 13 Jahren, lebte die Gemeinschaft noch ein Stück weiter die Schotterstraße hinauf in San José de Apartadó, ein paar Kilometer vom heutigen Standort entfernt. Neben dem Dorf, in dem die meisten Mitglieder lebten, gab es auch damals schon einige wenige Familien, die sich zwar zur CdP und ihrer Satzung bekannten, aber außerhalb der Kerngruppe in ihren eigenen Fincas lebten.

Am 21. Februar 2005 marschierten bewaffnete Männer in die zwei CdP-Standorte „Mulatos“ und „La Resbalosa“ – und beendeten das Leben besagter acht Männer, Frauen und Kinder, die zur CdP gehörten. Später kam heraus: Sie starben bei einer gemeinsamen Operation der kolumbianischen Armee mit paramilitärischen Einheiten – bei einem Einsatz, der eigentlich unter dem Namen „Fénix“ als Einsatz gegen die FARC ausgeschrieben war

<sup>3</sup> <https://www.jep.gov.co/Paginas/JEP/Jurisdiccion-Especial-para-la-Paz.aspx>

– und bei dem laut Auftrag auch Anhänger der AUC, der Paramilitärs also, bekämpft werden sollten.

Ein wichtiger Befehlshaber, Capitán Guillermo Gordillo, ebenso wie einige Mittelsmänner und weitere Teilnehmer der illegalen Operation, wurden später rechtskräftig verurteilt.

Was als das „Massaker von San José de Apartadó“ in die Geschichte der Gemeinschaft einging, ist bis heute sowas wie ein kollektives Trauma: Der Schmerz über diesen tödlichen Angriff durch eine staatliche Institution, die bewiesenermaßen mit einer illegalen Gruppe kooperiert, sitzt auch heute noch tief. „Sie haben behauptet, dass sie dachten, sie töteten Guerilleros“, sagt Levis voller Wut, „aber wie kannst du behaupten, ein zweijähriges Kind sei ein Guerillero?“

Auch der damalige Präsident Álvaro Uribe äußerte sich wenige Tage nach dem Massaker, einige Mitglieder der Friedensgemeinschaft seien Anhänger der FARC – und wurde kurz darauf vom Verfassungsgericht dazu verurteilt, die Aussage zu widerrufen. Trotzdem fand die CdP keinen Frieden. „Uribe hat nach dem Massaker direkt neben unser Gelände eine Militär- und eine Polizeistation gebaut“, sagt Levis. „Da haben wir uns erst recht nicht mehr sicher gefühlt und sind umgezogen. Hierher, wo wir heute leben. Damals war das alles Busch. Wir kamen mit einer Handvoll Sachen und mussten uns alles von Null aufbauen.“ Seitdem nennen die Bewohner ihren neuen Standort liebevoll „San Josecito“ – das kleine San José.

Im Esszimmer des Hauses, in dem ich bei meinem Besuch übernachtete, hängt heute ein Foto, auf dem die Prozession der Gemeinschaft nach dem Attentat festgehalten ist. Etwa zwei Mal ein Meter groß, schwarz-weiß, ein Abzug des Fotos des Fotografen Jesús Abad Colorado, der immer wieder Mord und Vertreibung im kolumbianischen Bürgerkrieg dokumentiert hat. Die Menschen gehen hintereinander zu Fuß einen dicht bewachsenen Berghang entlang, mit dem Nötigsten in den Händen und mit Kindern auf den Armen. Am linken Bildrand steht ein schwer bewaffneter Soldat, der den Zug bewacht.

Es sind Bilder wie diese, die mir eine entfernte Ahnung davon vermitteln, was die Menschen hier durchgemacht haben. Noch immer leben sie in einfachsten Verhältnissen, niemand hat hier ein Auto oder ein Motorrad; alle Wege werden zu Fuß, per Maultier oder Pferd zurückgelegt – auch die, die in die abgelegenen Distrikte führen, zwei Tage Fußmarsch von hier entfernt.

Levis macht sich heute mit zwei Begleitern auf den Rücken ihrer Pferde auf den Weg nach „La Esperanza“. Das ist ein Standort rund 6 Stunden von hier entfernt. Nebenbei bemerkt: Esperanza heißt übersetzt Hoffnung. Dort lebt eine Familie, die zur CdP gehört und für die es seit einiger Zeit brenzlich wurde. „Sie wollen weg von dort und hierher kommen, zu uns“, sagt Le-

vis. Der Mann, der dort lebe, sei vor zwei Wochen von Paramilitärs bedroht worden. „Sie haben ihn geschnappt und ihm gesagt, man müsse dafür sorgen, dass er schweige. Sie haben ihm zwei Wochen gegeben, von dort zu verschwinden – sonst wollen sie ihn umbringen. Seitdem versuchen wir, dort abwechselnd Präsenz zu zeigen, damit er nicht allein ist – bis er dann zu uns kommt.“

Ob er Angst habe, dorthin zu reiten? „Nein. Wenn wir in der Gruppe unterwegs sind, dann habe ich keine Angst“, sagt Levis. Er füttert sein Pferd und macht sich bereit, loszugehen. Ich wünsche ihm eine gute und sichere Reise – insgeheim hoffe ich, dass ich ihn in zwei Tagen tatsächlich unverseht wiedersehen werde.

### **6.5 Der alte Hase: „Es ist ein Wunder, dass ich noch lebe“**

Der nächste, den ich kennenlerne, ist mehr als doppelt so alt wie Levis und heißt Jesús Emilio, wobei ihn hier alle nur El Negro (der Schwarze) nennen. Fast stolpere ich über ihn, während ich noch gedankenverloren nach dem Gespräch mit Levis auf dem Weg zu meiner Unterkunft bin, um mir einen Kaffee zu kochen und die ersten Eindrücke sacken zu lassen.

Jesús Emilio sitzt im Schatten auf einem Stein an einen Baum gelehnt. Er hat den Körper eines sportlichen Jungen, der etwas zu wenig isst, ein jugenhaftes Gesicht und große Ohren. Nur die Falten um seine Augen lassen sein wahres Alter erahnen. „Was machst du hier?“, fragt er mich neugierig und lädt mich ein, mich zu ihm zu setzen. Wir fangen an zu plaudern. Ich merke, dass dieser Mann der Richtige ist, um mir zu erklären, was hier in der Region los ist und verschiebe meine Kaffeepause auf später.

Jesús Emilio hat vor 21 Jahren die CdP mitgegründet. Obwohl er das Wort „gründen“ in dem Zusammenhang nicht mag. „Wir mussten einfach irgendeinen Weg finden“, sagt er.

Damals war in der Region um Apartadó die fünfte Front der FARC aktiv. Es gab Auseinandersetzungen zwischen FARC und Armee, FARC und Paramilitär. Überall Gefechte. Immer wieder. Die Bauern gerieten zwischen die Fronten, immer wieder starben Unbeteiligte und tausende flohen aus der Region.

Jesús Emilio und einige andere Bauern schlossen sich zusammen, um ihre Heimat nicht verlassen zu müssen und in der Gemeinschaft stärker zu sein. „Anfangs waren wir 300 Bauern“, erzählt er, „die sich erstmal zu einer Neutralen Gemeinschaft zusammenschlossen. Und aus der gründeten wir dann die Friedensgemeinschaft, die bis heute besteht.“ Damals schrieben sie auch die Regeln der Satzung, die bis heute gelten und auf einem großen, hand-

gemalten Schild festgehalten sind, das man schon von der Straße aus sieht:

„Die Mitglieder verpflichten sich freiwillig, an gemeinschaftlichen Arbeiten teilzunehmen; zur Nicht-Partizipation an Ungerechtigkeit und Straffreiheit; Nein zur individuellen Entschädigung von Opfern; keine illegalen Pflanzen anzubauen; keine Manipulation oder Weitergabe von Informationen an jegliche Partei; keine Waffen zu tragen; keinen Alkohol zu trinken; weder auf direkte noch indirekte Weise am Krieg teilzunehmen.“

Über die Jahre kamen einige Familien wieder in die Region zurück und schlossen sich der CdP an, zeitweise waren es mehr als 1.000 Mitglieder. Mehr als 200 davon starben in den letzten 20 Jahren. Außerdem trieb die anhaltende Bedrohung bis hin zur Gefahr, ermordet zu werden, viele schließlich doch in die Flucht. So leben heute noch rund 700 Menschen in der Gemeinschaft.

Jesús Emilio sieht entspannt aus, wie er hier so im Schatten sitzt. „Ja, heute erhole ich mich, von der Arbeit auf dem Feld“, bestätigt er. „Früher bin ich viel gereist, nach Deutschland, in die USA... Zwölf Jahre war ich gesetzlicher Vertreter der Gemeinschaft und habe überall auf der Welt mit Politikern gesprochen. Auch die Europäische Union hat mich schon eingeladen. Mit Diplomaten habe ich gesprochen und mit Botschaftern. Aber davon bin ich müde geworden. Heute kümmere ich mich hier um die Erde, pflanze Mais, Bohnen, mache Heu für die Tiere – und kümmere mich um den Kakao, der hier auf der anderen Straßenseite wächst“, sagt Jesús Emilio. Den Kakao baut die Gemeinschaft an, um sich weiter unabhängig zu machen und ihre eigenen Einnahmen zu erwirtschaften. Seit 2008 sind Lush Cosmetics in Großbritannien und GEPA Deutschland zwei Firmen, die regelmäßig Kakaobohnen von der Gemeinschaft kaufen – mit Fair-Handels-Verträgen und Bio-Siegeln. Die Kakaobohnen werden in der Gemeinschaft auf einem großen, selbstgebauten Holzgerüst gelagert, getrocknet und fermentiert, bevor sie dann in den Handel kommen und zu Kakaobutter für Kosmetik oder Schokolade verarbeitet werden.

Jesús Emilio, der seit Jahrzehnten unter den schwierigen Bedingungen hier lebt und der nach eigener Aussage schon mehrmals nur knapp dem Tod entkommen ist, Anschläge auf ihn und Folter überlebt hat, verkörpert so viele Aspekte eines Menschenlebens: Den Kämpfergeist, ohne den er nicht mehr hier wäre. Die Hoffnung auf ein besseres Leben und den Willen, ein Zeichen zu setzen, damit an die Öffentlichkeit kommt, was hier passiert. Und zugleich den Fatalismus eines Menschen, der sich nicht mehr von Idealen blenden lässt:

„Gerechtigkeit. Freiheit. Demokratie. Das alles existiert nicht. Ein Land, das in ein anderes Land geht und dort am Krieg teilnimmt, kann man das demokratisch nennen? Freiheitlich? Rechte? Das sind alles Lügen. Das brin-

gen sie den Kindern in der Schule bei, dass es Freiheiten gibt und das alles – aber wer hat sich da befreit? Mit Waffen?“ Der Mensch werde sich eines Tages selbst zerstören, davon ist Jesús Emilio überzeugt.

Ich werfe ein, es sei doch vielleicht ein Weg, eben diese Räume der Gewaltfreiheit und Gerechtigkeit zu erhalten und dadurch etwas zu verändern. „Naja“, meint Jesús Emilio, „wir verlangen vom Staat zum Beispiel nichts, außer dass man uns und unser Leben respektiert. Und deshalb bringen sie uns um. In einem demokratischen, souveränen Staat. Wie kann das sein? Wovon sprechen wir da?“ Immerhin habe er es geschafft, mit der Gemeinschaft auf diese Problematik ein Stück weit aufmerksam zu machen. Aber die Gesellschaft sei benebelt durch das System, reflektiere nicht, was um sie herum geschehe.

„Weißt du, uns Menschen gefällt der Frieden nicht“, sagt Jesús Emilio. „Wir sind da inkonsequent. Klar sagt jeder, er liebe den Frieden, aber wenn es darum geht, unser tägliches Handeln danach auszurichten, dann ist es vorbei damit. Wenn ich dir sage, dass für die Förderung von Erdöl tausende Menschen sterben, dann findest du das schlimm. Trotzdem möchtest du gern Auto fahren und gehst zu der Firma und kaufst das Öl. Oder Drogen, die inzwischen für so viele Menschen ein Alltagsgegenstand sind. Dafür sterben Millionen Menschen, dass diese Drogen produziert werden. Natürlich ist das schlimm – aber wenn du süchtig bist, hörst du deshalb nicht auf, Drogen zu nehmen. Oder bei den Wahlen, da gibt es Politiker, die den Verkauf von Waffen unterstützen. Waffen schützen nicht das Leben von Menschen, sie schützen das Kapital und töten Menschen. Trotzdem gehst du wählen und unterstützt eine Regierung, die den Krieg fördert. Es ist nicht so, dass es keine Lösung gäbe, aber die Lösung, die gefällt uns nicht.“ Dabei schließt er auch die Gemeinschaft selbst nicht aus von dem Paradox, das unserem Handeln zugrunde liegt. Auch hier verbrauche man Strom, für dessen Erzeugung Ressourcen benötigt werden, die den Planeten kaputt machen und Menschen vertreiben. Benutze Handys, weil eine Notwendigkeit vom System geschaffen worden sei: „Bevor sie mich umbringen, wenn sie mich eines Tages kriegen, will ich wenigstens den anderen sagen können, wo sie meine Leiche suchen müssen.“ Auch ohne Strom hätte die Menschheit Jahrtausende lang gelebt. „Aber heute denken wir, wir brauchen den Strom, wenn sie eines Nachts hier reinmarschieren und uns töten wollen, damit wir wenigstens sehen können, woher sie kommen.“

Hier in der Region habe es immer Interessenskonflikte gegeben. „Der Staat hat ein Interesse daran, das Land hier an multinationale Konzerne zu verkaufen, damit sie hier Minen bauen können, Erdöl fördern, Kohle abbauen. Dafür wurde auch das Abkommen geschlossen, zwischen der Regierung und der FARC: Damit der freie Handel vorangetrieben wird und Investo-



ren sich sicher fühlen. Aber dadurch wird die Situation für Menschen wie uns immer schwieriger. Wir haben das Land, auf dem wir leben, um davon zu leben. Wir brauchen keine Minen. Wir brauchen die Erde, um Nahrung anzubauen für uns und unsere Familien. Das wollen sie nicht akzeptieren. Dann kommen die Paramilitärs und sorgen dafür, dass wir nicht mehr im Weg sind.“<sup>4</sup> Also sei das Problem heute der Paramilitarismus? - frage ich. Nein, sagt Jesús Emilio. Das Problem seien der Staat und die Großkonzerne. Die Paramilitärs führten lediglich deren Aufträge aus, „und das auch noch mit der Legitimation internationaler Regierungen“, fügt Jesús Emilio hinzu. „Da können internationale Gerichte und Menschenrechtler so viele Urteile sprechen, wie sie wollen, es ändert sich doch nichts.“

## 6.6 Der Kreis schließt sich

Am Tag meiner Abreise treffe ich schließlich noch Roviro, mit dem ich ursprünglich in der CdP verabredet war. Er sitzt im Büro der Gemeinschaft am Straßenrand, auf der anderen Seite des Zauns, gleich vor dem Gelände der CdP, in einem gemauerten Gebäude, von dem aus die CdP zum Beispiel die Vermarktung der Kakaobohnen regelt. Hier gibt es auch einen kleinen Laden, in dem die Gemeinschaft selbst hergestellte Produkte und Kleinigkeiten des täglichen Bedarfs verkauft. „Es ist immer etwas zu tun“, sagt Roviro. Eigentlich habe er keine Zeit für mich. Aber ein paar Minuten will er sich doch nehmen, um sich mit mir zu unterhalten.

Auch Roviro ist Mitglied des Rats und neben Germán einer der wichtigsten Repräsentanten der Gemeinschaft. Was ich von ihm gern noch hören würde, ist vor allem die Geschichte über ein versuchtes Attentat auf ihn und Germán, von dem mir fast jeder, mit dem ich mich in den letzten Tagen unterhalten habe, eine eigene Version erzählt hat.

Das Ereignis ist noch nicht lange her: Am 27. Dezember 2017 kam die CdP bei einem Überfall durch fünf bewaffnete Männer gerade noch mit dem Schrecken davon, obwohl der Plan der Eindringlinge ein anderer war.

Roviro erzählt die Geschichte nüchtern, sachlich, unbewegt. Mir jagt sie trotzdem schon beim Zuhören einen Schauer über den Rücken. „Ich war hier vorne auf der Straße, mit Germán. Es war Abend und wir arbeiteten daran, den Kakao zu lagern. Plötzlich hielten an der Straße einige Motorräder und

<sup>4</sup> Dieses Phänomen beschreibt auch die ehemalige Bürgermeisterin von Apartadó, Gloria Cuartas, die in einem Interview mit der spanischen Zeitung *El País* 2017 sagte: „Die Paramilitärs sind eine Art wirtschaftliche Avantgarde, die die Menschen dazu zwingt, ihre Ländereien zu verlassen, um sie zu verkaufen. Wir sind hier in einer Region von hoher Bedeutung für die Entwicklung des Landes und die vor kurzem als eine der wichtigsten Ecken Amerikas definiert wurde. Es gibt unendlich viele Anträge, hier Bergbau betreiben zu dürfen und bald soll hier ein großer Hafen gebaut werden, nahe der Stadt Turbo. Die Comunidad de Paz ist dabei ein Stein im Schuh.“

fünf verummte, bewaffnete Männer sprangen auf uns zu. Sie hielten mich und Germán fest und hielten mir eine Pistole an den Bauch. Sie sagten, ich solle ihnen zeigen, wo das Geld im Laden liegt, damit sie es aussehen lassen könnten wie einen Raubüberfall. Sie haben gesagt, sie hätten den Auftrag, mich zu töten. Einer meinte, er wisse, dass ich Familie habe. Aber das sei der Auftrag“, sagt Roviro, immer noch unbewegt.

Sie hätten mit den Männern, die Roviro für Paramilitärs hält, diskutiert: „Ein paar Tage vorher hatte ein Mitglied der Gemeinschaft von einem Nachbar-Bauern erfahren, dass die Paramilitärs Germán und mich umbringen wollten. Sie erzählten ihm, dass sie vorhatten, hierher zu kommen.“ Deshalb sei die Gemeinschaft in Alarmbereitschaft gewesen und habe sich formiert, als ein paar Kinder bemerkten, dass Motorräder vor dem Tor gehalten hatten. „Wir haben versucht, es hinauszuzögern, sie zum Geld zu führen“, erinnert sich Roviro. Dann sei ein Pulk aus Männern und Frauen aus der Gemeinschaft zu ihnen gestürmt und konnte zwei der Männer überwältigen. Die drei anderen konnten fliehen. Im Gerangel habe sich ein Schuss gelöst, der laut Roviro Germán hätte treffen sollen, sein Ziel aber verfehlte.

„Wir haben die beiden dann hier festgehalten. Wir haben ihnen die Waffen abgenommen, beziehungsweise, einer hatte eine Pistole. Die haben wir zerstört, damit sie nicht mehr benutzt werden kann. Dann haben wir die beiden Männer eingesperrt. Abwechselnd haben wir sie bewacht, 24 Stunden lang, ihnen zu essen und zu trinken gegeben. Sie haben gesagt, wenn wir sie wieder laufen lassen, dann würden sie selbst getötet werden, weil sie den Auftrag nicht ausgeführt haben“, sagt Roviro.

Am 29. Dezember übergaben die Mitglieder der CdP ihre Gefangenen und die unschädlich gemachte Waffe an die Generalstaatsanwaltschaft. Nach zwei Tagen Untersuchungen seien sie aber wieder freigelassen worden – aus Mangel an Beweisen. „Was braucht es noch für Beweise als eine Waffe, die einen Schuss auf einen Menschen abgegeben hat?“, fragt Roviro.

Dass er überlebt hat, verdankt er vor allem der Gemeinschaft, meint er. An diesem Tag habe er erlebt, dass die anderen ihr Leben für seines und das von Germán aufs Spiel gesetzt hätten. Zwar habe der Schock nach dem Angriff tief gesessen. „Ich habe am nächsten Morgen versucht, am Computer einen Bericht über den Vorfall zu schreiben. Aber meine Hände haben so sehr gezittert, dass ich nicht schreiben konnte“, erinnert sich Roviro. Trotzdem sagt er, dass er seitdem nicht mehr Angst habe, als vorher: „Ich weiß jetzt, dass ich mich auf die Menschen hier verlassen kann. Das ist das Wichtigste.“

Als ich mich nach dem Gespräch mit Roviro von ihm und den anderen Mitgliedern der CdP verabschiedete, habe ich das Gefühl, dass ich hier eine entscheidende Erfahrung für mein Leben mitgenommen habe. Wie auch immer die tatsächlichen Machtverteilungen und Anteile am Konflikt in der Re-

gion sind und welche Akteure auch immer dahinter stecken: Zwischen die Fronten geraten jedenfalls die, die einfach nur in Ruhe leben wollen. So ist es wohl in jedem Krieg. Doch war ich noch nie so hautnah an den Ursachen und Folgen eines solchen Konflikts, wie hier. Auch über meine eigene und die globale gesellschaftliche Verantwortung habe ich seitdem viel nachgedacht. Welchen Preis zahlen andere für unsere Bequemlichkeit, unseren Luxus, unsere Gewohnheiten? Und was können wir tun, damit sich etwas ändert? – Fragen, auf die es vielleicht nicht die eine, konkrete Antwort gibt, die aber unser Verhalten vielleicht im Kleinen beeinflussen können.

## **7. Leben am Rand: Die Indigenen im Post-Konflikt**

### **7.1 Kaffeeklatsch im „Haus der Indigenen“ in Santa Marta**

Von Apartadó aus mache ich mich auf den Weg die Küste entlang, nach Santa Marta, am nördlichen Ende der kolumbianischen Karibikküste. Die Stadt ist eine der rausgeputzten Großstädte, in die es auch viele besser betuchte Touristen schaffen, die mit dem Kreuzfahrtschiff oder einer Boeing in der Nähe landen.

Der Taxifahrer, mit dem ich das „Haus der Indigenen“ ansteuere, ist einer dieser gemütlichen, alteingesessenen und gesprächigen Kolumbianer, die mir auf meiner Reise so ans Herz wachsen. Immer für einen Plausch zu haben.

Es sei gut, dass so viele Touristen kämen, meint er. Dadurch gebe es mehr Arbeit für ihn. „Früher war das nicht so, als die Guerilla noch da war“, tönt der stämmige Mittfünfziger durch seinen dichten Schnurrbart. „Da hatten sie Angst, entführt zu werden. Das passierte ständig, dass sie sich jemanden aussuchten, von dem sie glaubten, dass er Geld hat und ihn entführten.“ Heute sei die Region ruhig – und das nicht erst seit dem Abkommen vor zwei Jahren.

Hier in der Gegend um Santa Marta hatte Álvaro Uribe mit seinen militärischen Interventionen während seiner Präsidentschaft vor etwa zehn Jahren schon „aufgeräumt“. Seitdem hat das Gebiet einen Boom als Tourismusmagnet erlebt: Die Bilderbuch-Strände mit Palmen und weißem Sandstrand, der Nationalpark Tayrona mit seiner tropischen Artenvielfalt und die Berge der Sierra Nevada locken Abenteurer und Urlauber. Trotzdem: Auch hier gibt es in letzter Zeit wieder Probleme. Die staatliche Supervisions-Behörde „Defensoría del Pueblo“, die für den Schutz von Bürger- und Menschenrechten im Land eingerichtet wurde, hat schon mehrfach darauf hingewiesen, dass in den Gebieten der Sierra Nevada, wo vor allem indigene Völker leben,

die Präsenz bewaffneter Akteure zugenommen hat und Bewohner der Sierra deshalb wieder stärker bedroht sind. In einer Bekanntmachung vom 18. Mai 2018 ist konkret die Rede von einer Gruppe namens „Los Pachencas“, die sich aus Abtrünnigen der eigentlich demobilisierten AUC formierte, ebenso wie von einer anderen selbsternannten Selbstverteidigungs-Einheit, den Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC), die in vielen Regionen des Landes ihr Unwesen treiben. Zwar ist es bisher meist bei Drohungen geblieben – wenn auch vier Morde innerhalb eines Jahres an Vertretern der Indigenen im betreffenden Bezirk Magdalena, zu dem auch Santa Marta und die Sierra Nevada gehören, verzeichnet wurden<sup>5</sup>.

Das „Haus der Indigenen“ oder „Casa Indígena“, wie es vor Ort heißt, ist in Santa Marta eine Art Schnittstelle zwischen der kolumbianischen Stadtbevölkerung und den indigenen Völkern, die in entlegeneren Gebieten leben. Das sind im Bezirk Magdalena vor allem die Stämme der Kogi, Malayo und Arhuaco. Mitglieder der Stämme bekommen hier Unterstützung, wenn es um politische oder bürokratische Prozesse geht oder ein Arztbesuch nötig ist. Denn die allerwenigsten Indigenen leben heute noch komplett isoliert von solchen „modernen“ Errungenschaften.

Das Haus erstreckt sich mehr oder weniger u-förmig über zwei Ebenen, mit einem Innenhof, in dem einige in weiße Gewänder gehüllte Männer und Frauen stehen und sich in mir unverständlichen Sprachen unterhalten. In dem Gebäude sitzen Männer und Frauen in Jeans und T-Shirt, aber auch einige in den traditionellen indigenen Kleidern an Computern und gehen ihren Büro-Aufgaben nach.

Begrüßt werde ich mit einer kleinen Tasse frisch gebrühten Kaffees – angebaut vom Volk der Kogi, die in den Bergen der Sierra Nevada leben und damit ein Einkommen für ihre Familien generieren.

Ausgerechnet der Kaffee war auch mein Zugangspunkt zur Casa Indígena: Einer von weltweit drei Vertragspartnern, die den fair gehandelten „wilden“ Kogi-Kaffee vertreiben, hat ein Café in Köln, in dem ich immer mal wieder zu Gast war, und in dem der Besitzer in Broschüren auf die Situation der Kogi aufmerksam macht. Durch ihn bekam ich den Kontakt zu Mauricio Blanco, einem wichtigen nicht-indigenen Unterstützer des Volks der Kogi.

Mauricio empfängt mich in seinem Büro in der unteren Etage der Casa Indígena. Hier stapeln sich Zettel und summen Rechner. Auf den Kommoden entlang der Wände warten verschweißte Kaffee-Packungen in braunen Pappkartons auf ihren Verkauf.

Für Mauricio ist die Arbeit mit den Indigenen eine Herzensangelegenheit.

<sup>5</sup> Landkarte der „Defensoría del Pueblo“ zu den Morden an Menschenrechtlern / Bürgervertretern in Kolumbien unter <https://verdadabierta.com/wp-content/uploads/2018/03/mapa-lideres-asesinados-segun-alerta-temprana-dp.jpg>

Wenn er von ihren Problemen spricht, ist er merklich emotional beteiligt. Er war letzte Woche noch in Bogotá, um dem neuen Präsidenten Iván Duque nach dessen offizieller Amtseinführung eine Petition der Kogi zu überreichen, in der sie ihn auffordern, ihre Rechte und ihr Territorium anzuerkennen. Das Prozedere durchliefen sie mit jeder neuen Regierung, erklärt Mauricio. Dabei komme es ihnen nicht darauf an, welche Partei das Amt bekleidet: „Hauptsache, sie nehmen unsere Anliegen ernst.“

Für die Indigenen in Kolumbien, aber auch auf dem Rest des lateinamerikanischen Subkontinents, ist der Kampf um Landrechte ein alter Bekannter. Mauricio erklärt mir, dass es bis heute auch hier in der Region immer wieder zu Bedrohungen komme, weil Konzerne aus der ganzen Welt Ansprüche auf die Territorien erheben. Die Privatisierung von Wasserquellen, Viehzucht im großen Stil oder Ferienkomplexe für wohlhabende Kolumbianer oder Ausländer stehen den Interessen der Indigenen gegenüber, die auf ihren Ländereien autonom leben und wirtschaften wollen. „Die Kogi beschwerten sich darüber nicht. Sie kennen es nicht anders“, meint Mauricio. „Wenn du sie fragst, werden sie dir sagen, dass sie seit 500 Jahren um ihr Land kämpfen; seit damals die Spanier hierher kamen und sie vertrieben und unterdrückten, haben sie keine Ruhe. Für sie spielt es keine Rolle, wer die Akteure dabei sind. Sie haben andere Werte und Denksysteme als wir.“

Die Indigenen in Magdalena haben sich trotz der Kontakte zur Welt außerhalb ihrer Gemeinden ihre Kultur und ihre Bräuche weitgehend erhalten. Ihre Sprachen und Traditionen, die naturverbundene Lebensweise und ihre Spiritualität haben für sie nach wie vor einen wichtigen Stellenwert. Trotzdem ist es auch für sie von entscheidender Bedeutung, dass sie an politischen Prozessen beteiligt sind, um ihre Rechte geltend zu machen. Wie das aussehen kann, will Mauricio mir anhand meiner nächsten Interviewpartnerin deutlich machen, die in einem Büro der Casa Indígena schon auf mich wartet.

## 7.2 Die Leiden der Wayuu-Frauen

Maria Angélica Melgarejo Trejos ist eine taffe Frau, mit tiefer Stimme, schlichter Kleidung und einer Präzision in ihren Aussagen, die dem Gegenüber keinen Raum für Zweifel lässt. Wenn man sich länger mit ihr unterhält, kann man aber eine Ahnung davon bekommen, dass unter ihrem starken Auftreten tiefe Wunden liegen.

Aufgewachsen ist Maria Angélica im Bezirk La Guajira, nördlich von Magdalena. Ihr Volk der Wayuu ist matriarchalisch organisiert; das heißt, dass zum Beispiel die Abstammungslinie über die Mutter definiert wird und

dass Frauen wichtige leitende Positionen innerhalb der Dorfstrukturen innehaben. Seit mittlerweile zwanzig Jahren lebt Maria Angélica in der Großstadt Santa Marta, in einem Gebiet, dem sie sich bis heute nicht richtig zugehörig fühlt. Trotzdem hat sie hier ihren Platz und ihre Aufgabe gefunden: Sie arbeitet in der Casa Indígena und in den verschiedenen indigenen Gemeinden in der Umgebung als Vertreterin der Interessen der Stämme Kogi, Malayo und Arhuaco; außerdem ist sie im Rahmen des Friedensabkommens Leiterin der Prozesse zur Entschädigung indigener Frauen aus der Region, die Opfer des Konflikts wurden.

Dabei weiß sie aus eigener Erfahrung, worum es bei diesen Prozessen geht: Das Volk der Wayuu ist eines der vier am stärksten geschädigten indigenen Völker im Verlauf des jahrzehntelangen Bürgerkrieges in Kolumbien und ebenfalls Teil der Verfahren der JEP. Auch Maria Angélicas persönliche Lebensgeschichte erzählt von der Brutalität und Gewalt, der viele Menschen durch den bewaffneten Kampf ausgesetzt waren.

Damals, vor zwanzig Jahren, lebte sie mit ihrem Mann, einem Angehörigen der Arhuaco-Ethnie aus der Region um Santa Marta, und ihren zwei Töchtern auf einem großen Grundstück auf der Halbinsel La Guajira. Drei Hektar Land hatte die Familie, um sich zu versorgen, mit Tieren, Landwirtschaft. Maria Angélica war damals neunzehn Jahre alt – und schon seit fünf Jahren mit ihrem Mann verheiratet. Er sei die Liebe ihres Lebens gewesen, erinnert sie sich heute. Mehr als zwei Töchter habe sie nicht bekommen können – denn ihr Mann wurde damals ermordet. „Er war einer der wenigen Indigenen, die beim Militär anheuern durften“, erzählt sie. Damit habe er sich einen Traum erfüllt. „Eigentlich lassen es die Dorfstrukturen nämlich kaum zu, dass Angehörige eines Stammes außerhalb der internen Strukturen arbeiten, aber die Dorf-Oberen haben für ihn eine Ausnahme gemacht“, sagt Maria Angélica.

„Seine Aufgabe war es, einen Großgrundbesitzer zu beschützen. Der wurde von Paramilitärs bedroht, weil er seine Schutzgelder nicht zahlen wollte“, erzählt sie weiter. „Es war an einem 23. März. An diesem Tag wurden er und 18 weitere Soldaten getötet.“ Was sie dann sagt, ist für mich nur schwer auszuhalten – und auch sie bricht später darüber in Tränen aus: „Ich weiß, dass er tot ist, weil ich bei der Exekution dabei war. Sie haben ihn erschossen und dann mit einer Motorsäge enthauptet. Ich habe die Augen geschlossen. Aber dieses Geräusch der Motorsäge, das habe ich bis heute im Kopf.“

Lange habe sie gar nicht darüber sprechen können. Erst seit wenigen Jahren versuche sie, die Geschehnisse auch nach außen zu tragen. Allerdings, ihren Töchtern habe sie bis heute nicht erzählt, wie ihr Vater gestorben sei. „Sie waren damals ein und drei Jahre alt. Sie erinnern sich nicht an ihren Vater. Ich habe ihnen gesagt, dass er bei der Ausübung seines Berufs gestorben

ist, aber die genauen Umstände werde ich ihnen niemals erzählen. Dieses Geheimnis werde ich mit in meinen Sarg nehmen.“

Damals wie heute sei es im Gebiet der Wayuu um Ressourcen gegangen, sagt Maria Angélica, als sie sich wieder gesammelt hat. „Die Region ist reich an Bodenschätzen. Wir Indigene sind immer wieder Opfer unserer eigenen kolumbianischen Brüder geworden, wegen des Landes, das wir besitzen. Für sie ist die Erde etwas Materielles. Geld, ein Wirtschaftsfaktor. Wir betrachten sie dagegen als spirituellen Reichtum, mit territorialem Wert und den Schätzen der Natur, die wir erhalten wollen.“

Zusammen mit Maria Angélica wurden damals mehrere Frauen gleichzeitig von der Halbinsel La Guajira vertrieben. Sie sei mit zwei anderen Frauen, deren Männer in der gleichen Exekution ermordet wurden, auf einem Pferdekarren geflohen – und fünf Tage später in Santa Marta angekommen. „Der Mann, der uns mitgenommen hat, hat sein Leben für uns riskiert. Hätten sie ihn erwischt, wäre das sein Ende gewesen. Ihm werde ich für immer dankbar sein“, sagt Maria Angélica.

Als sie in Santa Marta ankamen, seien sie und ihre Töchter unterernährt gewesen. Bei der Familie ihres Mannes konnten sie unterkommen, obwohl sie selbst alles verloren hatten. „Das war wirklich schwierig, wenn du vorher alles hast, dein Haus, dein Land – und plötzlich hast du nichts. Dazu diese schrecklichen Erfahrungen.“ Ein Jahr habe sie das Haus nicht verlassen können, weil sie unter Verfolgungswahn litt. Sie schlief kaum und wog schließlich nur noch 35 Kilo. Doch irgendwann habe es einen Wendepunkt gegeben, erinnert sich Maria Angélica: „Ich habe angefangen zu arbeiten und zu studieren. Zum Glück war ich schon Schneiderin. Später bekam ich ein Stipendium von der Europäischen Union und studierte Politikwissenschaften an der Universität von Cartagena.“ Schließlich habe sie sich entschieden, anderen Frauen zu helfen, die ein ähnliches Schicksal hatten wie sie. „Viele hat es vielleicht noch schlimmer getroffen. Ich bin wenigstens körperlich unversehrt geblieben. Viele andere Frauen wurden vergewaltigt oder ihre Kinder wurden von den Paramilitärs mitgenommen, damit sie in der Gruppe kämpfen.“

Mit einigen Frauen trifft sich Maria Angélica einmal in der Woche zur Handarbeit, um den Schmerz in Kreativität umzusetzen. Außerdem begleitet sie sie im Prozess der Verhandlungen um die Entschädigungen. „Ehrlich gesagt“, meint sie, „läuft dieser Prozess sehr langsam. Zu langsam. Seit 20 Jahren warten wir auf Entschädigungen, viele sind gestorben, ohne etwas zu bekommen. Außerdem sehen wir, dass hier in Kolumbien die Prozesse für die Täter schneller ablaufen, als die für die Opfer.“ Sie spricht davon, dass als Bestandteil des Friedensabkommens vielen Tätern Straffreiheit zugesichert wurde, wenn sie mit den Behörden kooperieren. Das sei nicht gerecht.

„In meinen Augen ist das ein abgekartetes Spiel“, sagt sie.

Generell sei durch den Vertrag zwar erreicht worden, dass es weniger Gewalt im Land gibt, es habe sich viel verändert. Grundsätzlich sei es eine gute Idee, politisch eine Einigung zu versuchen, statt zu kämpfen. „Denn diese Gruppen verfolgen ebenso materielle wie politische Interessen“, meint Maria Angélica. „Aber solange es noch Gruppen gibt wie die ELN<sup>6</sup> oder andere, wird es keinen kompletten Frieden geben. Man weiß auch nicht, wie es sich mit den FARC-Dissidenten entwickelt. Ich würde sagen, mit dem jetzigen Stand ist der Frieden vielleicht so zu sechzig Prozent erreicht.“

Außerdem stünden Ungleichheit und Korruption einer friedlichen Lösung für das Land im Weg. Bis heute gebe es in den Territorien der Wayuu Probleme mit Mangelernährung, die durch Hilfsprogramme behoben werden sollen. Dabei fehle es aber an staatlicher Kontrolle. Es sei nicht nachvollziehbar, wo die Hilfgelder für die Menschen landeten.

Auch hier in der Stadt haben geflüchtete Indigene bis heute Probleme. „Viele Frauen leben hier unter sehr schlechten Bedingungen. Sie haben kein Einkommen, keine richtige Wohnung und keinen Ort, um ihre Handarbeiten zu verkaufen“, kritisiert Maria Angélica. „Außerdem: Auch wenn es zumindest hier in der Region keine offene Gewalt mehr gibt, wird vielen Indigenen die Lebensgrundlage genommen. Investoren kaufen ihre Grundstücke und zwingen sie, zu verschwinden. Aus einem Fischerdorf hier in der Nähe haben sie viele Familien vertrieben und ihnen neue Grundstücke in der Sierra gegeben. Aber dort können sie sich nichts vernünftiges aufbauen, denn sie haben seit Generationen nur vom Fischfang gelebt. Da fehlt es an Unterstützung – und an Bildung.“

Letzteres sei ohnehin ein strukturelles Problem, meint Maria Angélica: „Viele dieser bewaffneten Gruppen bilden sich wegen der Ungleichheit, wegen des Unwissens. Du kannst eine Person nicht kritisieren, wenn du nicht weißt, wie sie dorthin gekommen ist, wo sie heute ist. Diese Gruppen haben eine falsche Vorstellung davon, wie sie zu ihrem Recht kommen können – und das machen sie mit Gewalt, unsere kolumbianischen Brüder, und dadurch schaden sie Menschen wie uns, die wir nichts damit zu tun haben.“

Wieder kommen meiner Gesprächspartnerin die Tränen und ich habe das Gefühl, für den Moment genug von ihr erfahren zu haben.

<sup>6</sup> ELN steht für *Ejército de Liberación Nacional*, die nach der FARC nun noch verbliebene größte Guerilla-Organisation Kolumbiens, die sich selbst als marxistisch bezeichnet



## **8. Outtakes: Geschichten, die dann doch nicht zu einer „runden Sache“ wurden**

In sechs Wochen Recherche habe ich Unmengen an Material gesammelt und bin immer wieder neuen Fragen nachgegangen. Immer neue Kontakte haben sich ergeben, die ich im Voraus nicht hätte planen können. Ich habe unzählige Geschichten gehört, die es eigentlich allesamt verdienen, erzählt zu werden – und doch ist nicht für alle Platz in diesem Bericht. Auch musste ich während meiner Recherche feststellen, dass ich – wer hätte das gedacht? – auch nur ein Mensch bin, der nicht unbegrenzt aufnahme- und einsatzfähig ist. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch Anekdoten erzählen, die kein eigenes Kapitel füllen und auch davon berichten, welche Ideen ich im Laufe der Recherche leider nicht geschafft habe, so umzusetzen, wie ich es mir ursprünglich vorgestellt hatte.

Bei meiner Vorrecherche für das Projekt hatte ich den Plan gefasst, vor Ort mit Menschen ins Gespräch zu kommen und anhand dessen ein Bild zu entwerfen, wie sich die Situation in Kolumbien seit dem Friedensabkommen entwickelt hat. Ich denke, aus den vorangegangenen Geschichten ist ersichtlich, dass ich dabei ein ganzes Stück weiter gekommen bin, als es jemals von Europa aus möglich gewesen wäre, auch, wenn es sicher noch Millionen weiterer Facetten und Aspekte gibt, denen ich vor Ort hätte nachgehen können, wären da nicht die Begrenzung durch Zeit und andere Ressourcen gewesen.

Die Themen Tourismus und Kaffeeanbau, auf die ich bisher nur am Rande eingegangen bin, gehörten zu jenen, in die ich in Kolumbien gern noch mehr eingetaucht wäre, für die nun aber dieses Kapitel zusammenfassend herhalten muss. Beide Bereiche waren Teile der Versprechen der Santos-Regierung, die Kolumbien Aufschwung bringen sollten: Der Tourismus vor allem als Wirtschaftsfaktor, der Kaffee daneben auch als Vehikel für den Frieden.

### **8.1 Wo der Kaffee wächst**

In den Regionen, in denen einst am meisten Koka angebaut wurde, sollte der Kaffee für neue Perspektiven sorgen: Das Abkommen sicherte Bauern zu, ihnen dabei zu helfen, ihre Felder auf den Kaffeeanbau umzustellen und ihnen damit den Weg (zurück) in die Legalität zu ebnen. Kolumbien als drittgrößter Kaffee-Exporteur weltweit sollte innerhalb weniger Jahre seine Produktion um rund ein Drittel steigern – so der Plan Santos'. Die Realität sieht aber anders aus: Die Exporte haben bislang nur minimal zugenommen und die meisten Bauern warten noch auf die Umsetzung der Pläne.

Für meine Recherche zum Thema Kaffee fuhr ich erstmal in die „Zona Cafetera“, das sogenannte Kaffee-Dreieck zwischen Bogotá und Medellín, in dem seit Jahrzehnten Touristen Kaffeeplantagen besuchen. Es stellte sich heraus, dass ausgerechnet hier der Kaffeeanbau zurückgeht, während der Tourismus boomt. Die Guerilla hatte sich aus der Region schon zu Zeiten der Präsidentschaft Álvaro Uribes zurückgezogen und die Kaffee-Fincas locken seither mit Führungen und Einblicken in den Kaffeeanbau eine breit gefächerte Klientel aus aller Welt an. Im kleinen Örtchen Filandia gab es tatsächlich für kolumbianische Verhältnisse außergewöhnlich guten Kaffee zu kaufen und eine regelrechte Café-Kultur. Zu den Zusammenhängen zwischen Kaffee und Post-Konflikt konnte man mir hier aber wenig sagen und wollte auch wenig davon wissen – bis ich in einem von Backpackern und allen möglichen Reiseführern gehypten Restaurant namens „Helena adentro“ mit dem Besitzer ins Gespräch kam. Er erzählte mir von seinem Bruder, einem Kaffee-Experten mit politischer Weitsicht.

Einen Tag später treffe ich ihn. Miguel Fajardo erklärt mir, dass die Bauern im Kaffee-Dreieck vor immer mehr Problemen stehen: Eine geringe Gewinnmarge und Kaffee-spezifische Schwierigkeiten beim Anbau, die für jährliche Schwankungen in der Absatz-Menge sorgen. Die hohen Preise für die Ländereien in der Region zwingen viele Bauern, sich auf andere landwirtschaftliche Bereiche zu verlegen, Bananen zum Beispiel. Außerdem sei die treibende Kraft in der Region längst der Tourismus und der Name „Kaffee-Dreieck“ eigentlich gar nicht mehr passend. „Besser könnte man die Region in ‚Touristen-Dreieck‘ umbenennen“, meint Miguel.

Dagegen nehme der Kaffee-Anbau in den Gebieten, die vom Post-Konflikt betroffen sind, tatsächlich zu – „dank Hilfen der Regierung“, weiß Miguel. Das sei zum Beispiel in den Bezirken Nariño und Cauca der Fall. Gern hätte ich eine der beiden Regionen noch besucht, um mir dort den Stand der Dinge in Sachen Kaffee vor Ort anzuschauen – aber leider ließ sich das nicht mehr in meinen Zeitplan einbinden – auch, weil in den Regionen weiterhin bewaffnete Konflikte herrschen, die eine besondere Vorbereitung erfordern hätten.

Stattdessen trinke ich mit Miguel bei unserem Gespräch in dem hippen Restaurant seines Bruders – natürlich – einen Kaffee. Er hat die Bohnen dafür selbst mitgebracht. Sie kommen aus Burundi, von einem neuen Vertragspartner, mit dem Miguel und seine Firma „Rawmaterial“ zusammenarbeiten. Die kleine Firma vermarktet weltweit hochwertigen Kaffee – auch aus Kolumbien. Das Gute für die Vertragspartner: Sie bekommen einen garantierten Kilopreis, der nicht den Schwankungen des Weltmarkt-Preises unterliegt. Außerdem gibt es auf dem Weg vom Produzenten bis zum Konsumenten weniger Zwischeninstanzen, die sich einen Teil vom Gewinn sichern.

## 8.2 Das allgegenwärtige Trauma

Filandia ist ein Dorf, in dem jeder jeden kennt. Der Besitzer des Cafés ist ein Freund des gleichaltrigen Inhabers eines Hostels, in dem ich einige Nächte bleibe. Leandro ist ein herzenguter junger Mann Anfang 30, mit strahlendem Lächeln und Sinn fürs Geschäft. Vor sechs Jahren hat er im ehemaligen Haus seiner Eltern das erste Hostel in Filandia aufgemacht, als er ahnte, dass das Dorf die nächste Adresse für Touristen wird, die das Kaffee-Dreieck besuchen. Tatsächlich sieht es so aus, als würde Filandia in die Fußstapfen von Salento treten; einem Ort rund eine halbe Stunde mit dem Auto entfernt, der heute praktisch nur noch aus Souvenir-Shops, Restaurants und Hotels besteht und US-Amerikanern gern für eine Rundreise durch Kolumbien im Reisebüro ans Herz gelegt wird. Auch in Filandia läuft das Geschäft mit dem Tourismus: Die ersten vier Monate nach der Eröffnung seines Hostels sei kaum jemand gekommen und er habe nebenher noch als Eventmanager und Schreiner gejobbt, erinnert sich Leandro. Heute sei er dagegen häufig ausgebucht.

Nach ein paar Tagen komme ich mit Leandro über mein Recherchethema ins Gespräch. „Zum Glück ist das vorbei“, sagt er mit Blick auf den jahrzehntelangen Krieg in seinem Land. Auch er war unfreiwillig direkt in den Konflikt involviert, erzählt er: „Mit 19 war ich beim Militär. Das war der Gipfel der Präsidentschaft Uribes, als er die FARC zerstören wollte.“ Für Leandro hieß das, wie für so viele, die damals Wehrdienst leisten mussten: an die Front.

Ein Einsatz veränderte sein Leben, wie er berichtet: „Wir waren im Feld und ich lief vor einem Kameraden her. Plötzlich trafen wir auf eine Gruppe Guerilleros. Überall wurde geschossen. Ich lief und lief und merkte plötzlich, dass mein Freund, der vorher noch hinter mir war, nicht mehr da war.“ Später habe er erfahren, dass sein Kamerad, eine viertel Stunde bevor er sich zum ersten Mal nach ihm umdrehte, von einer Kugel in den Kopf getroffen worden war. „Sowas vergisst man nicht“, meint Leandro.

Nach dem Ende seiner zwei Jahre Dienstzeit sei er paranoid gewesen. Er habe darum gebeten, eine Waffe mit nach Hause nehmen zu dürfen, um sich im Notfall verteidigen zu können. Nachts habe er manchmal mit der Waffe im beschaulichen Filandia auf der Straße gestanden, weil er dachte, da sei jemand. „Meine Mutter hat sich damals ziemliche Sorgen um mich gemacht“, sagt Leandro. Heute habe er das aber im Griff. Ab und zu raucht er einen Joint zum Runterkommen, schläft meistens nur fünf Stunden pro Nacht. Aber es gehe ihm gut.

Ansonsten habe er die Finger von den Drogen gelassen, sagt Leandro. Nur beim Militär habe es Koks gegeben, um in den Einsätzen wach zu bleiben -

bei eben jenen Einsätzen, bei denen die Armee gegen eine Gruppe vorging, um den Kokainhandel zu bekämpfen.

### 8.3 Kultur-Schock bei den Kogi

Eine andere Station, bei der ich meine Recherche zum Kaffee im Post-Konflikt geplant hatte, waren die Dörfer der indigenen Kogi. Von meinen ersten Kontakten in der Großstadt Santa Marta habe ich im letzten Kapitel berichtet – und auch von meiner ersten Tasse Kogi-Kaffee. Eigentlich hätte ich gern den „Haupt-Standort“ der Kogi in der Sierra Nevada besucht, wo auch der Kogi-Kaffee angebaut wird, ohne den Einsatz von chemischem Dünger oder Pestiziden – und der zunehmenden Präsenz bewaffneter Akteure in ihrem Umfeld zum Trotz.

Bei meiner Ankunft in Santa Marta stellte sich aber heraus, dass ein Besuch, wie ich ihn mir vorgestellt hatte, logistisch nicht machbar war: Acht Stunden Fußmarsch pro Weg hätten mich erwartet, über eine Route, die ich nicht allein gefunden hätte. Allerdings war niemand verfügbar, um mich zu begleiten.

Maria Bangelio, ein junger Angehöriger des Volks der Kogi, der unter der Woche eine Ausbildung in der „Casa Indígena“ und an der Universität in Santa Marta zum Buchhalter macht, hätte mich gern in sein Dorf mitgenommen. Doch stellte sich heraus, dass mir nicht viel mehr als der Weg geblieben wäre, hätte ich mich ihm angeschlossen: Der junge Mann spaziert jeden Samstag von der Stadt los, acht Stunden den Dschungel entlang und den Berg hinauf in sein Dorf, um dort an wichtigen Ritualen teilzunehmen. Am Sonntag macht er sich dann zu Fuß wieder auf den Rückweg. Ob er nie zu faul ist, den Weg anzutreten, frage ich ihn. Er müsse ja für die Rituale dorthin, meint er darauf, ohne jeden Zweifel.

Damit ich trotzdem noch etwas von der Kultur der Kogi sehe, organisieren mir meine Ansprechpartner in Santa Marta einen Ausflug zu einem Standort des Volks, der etwas leichter erreichbar ist; am Fuß der Sierra Nevada, vier Stunden Autofahrt und eine halbe Stunde mit einem Motorrad über einen staubigen Weg aus Felsbrocken und Schlaglöchern mit etwas Sand dazwischen. Ich bin angehalten, ein Gastgeschenk mitzubringen, damit der Mamo, der Dorf-Oberste, sich über meinen Besuch freut. Auf Rat von Maria Bangelio kaufe ich für umgerechnet 90 Euro einen riesigen Sack Trockenfisch auf dem Markt; für die Kogi offenbar eine Delikatesse.

Den Sack überreiche ich bei meiner Ankunft und vor dem geplanten Interview mit dem Mamo, dem spirituellen Dorf-Führer. Dieser sitzt unter einem Baum, um ihn herum zwei wichtige administrative Dorf-Vorsteher, die

etwas jünger aussehen als der Mamo. Auch ich suche mir ein Plätzchen im Schatten des Baumes auf einem der Felsbrocken, die dort als Sitzgelegenheiten dienen. Möbel gibt es bei den Kogi nicht.

Einer der Dorf-Vorsteher übersetzt das Gemurmel des Mamo in der Ursprache der Kogi auf mehr oder weniger verständliches Spanisch und gibt mir zu verstehen, ich solle 20 Trockenfische abzählen, für die Familie des wichtigsten Mannes im Dorf nach dem Mamo. Den Rest werde der Mamo aufteilen, damit alle im Dorf etwas davon haben.

Es gibt kein ‚Danke‘, keine Anerkennung für das Geschenk. Ob sie sich darüber freuen, kann ich aus ihren unbewegten Gesichtern nicht ablesen, verlasse mich aber darauf, dass mir Maria Bangelio schon den richtigen Tipp gegeben haben wird.

Ich stelle mich der Runde vor und erkläre, dass ich mich für ihre Kultur interessiere. Dass ich deutsche Journalistin bin. Dass ich zum Post-Konflikt recherchiere – und mich ihre Sicht darauf interessieren würde. Der Mamo sagt, er freue sich über mein Interesse und darüber, dass ich den Kontakt mit ihnen suche. Während er spricht, ist eine seiner Backen gefüllt mit einer Handvoll zerkauter Kokablätter, die hinter ihm in dichten Büschen wachsen. Die Indigenen nutzen sie bis heute, unter anderem, um ihre Kondition zum Laufen in den Bergen zu steigern. Koka ist für sie eine heilige Pflanze. In der unverarbeiteten Form ist sie auch nicht berauschend, sondern allenfalls vergleichbar mit der aufputschenden Wirkung von Kaffee und der Konsum völlig legal.

Schon, als ich den Mamo nach seinem Alter frage, stoße ich an die Grenzen der Kommunikation wegen unterschiedlicher Denk- und Wertesysteme. „Der Mamo sagt, er weiß nicht, wie alt er ist“, sagt der Übersetzer. „Er hat einen Ausweis, da steht sein Alter drauf. Aber der liegt in seiner Hütte. Wahrscheinlich ist er ungefähr 40 oder 50 Jahre alt.“ Ich gebe mich mit der Antwort zufrieden und kann mir ein Schmunzeln nicht verkneifen. Die Kogi leben an einer Schnittstelle zwischen „unserer“ und ihrer Welt, einer Welt der Traditionen und Rituale, die sich nicht an Zahlen oder Materiellem ausrichtet.

Als ich versuche, etwas über die Rolle der Kogi im Post-Konflikt zu erfahren, merke ich wieder, dass wir in unterschiedlichen Kategorien denken. Wie mir schon Mauricio Blanco in der Casa Indígena gesagt hatte, sehen die Kogi nicht die aktuelle politische Situation, sondern das große Ganze. Also antwortet der Mamo in einem achtminütigen Monolog mit der Geschichte der Unterdrückung der Indigenen durch die spanische Kolonialisierung vor 500 Jahren und endet damit, dass es die Aufgabe der Kogi sei, den Planeten zu bewahren. Das machen sie durch spirituelle Arbeit und indem sie versu-

chen, möglichst wenig Ressourcen zu verschwenden. Es habe immer wieder Probleme gegeben und die gebe es bis heute – aber dabei unterscheidet er nicht, ob es um Vertreibung durch die Spanier, die Guerilla oder andere Akteure geht.

Nach dem Interview habe ich das Gefühl, zwar mit der Kultur der Kogi in Berührung gekommen zu sein – aber für meine Recherchefrage nicht die große Erkenntnis gewonnen zu haben. Trotzdem: Vielleicht ist ja auch das Sinn einer Recherche, am Wegesrand Geschichten zu hören, die den Blick auf die Welt insgesamt erweitern.

Am Abend liege ich in meiner Hängematte in einer der runden Lehmhütten im Kogi-Dorf, die der Übersetzer für mich freigeräumt hat. Die Hängematte musste ich mir selbst mitbringen – und auch mit den Kakerlaken und Spinnen, die auf dem blanken Lehm Boden spazieren gehen, muss ich allein fertig werden. Draußen höre ich rhythmisches Trommeln und inbrünstige Gesänge aus den anderen Hütten, in die sich die Familien zurückgezogen haben für die Nacht.

### **9. Fazit: Was bleibt von der Hoffnung auf den Frieden?**

Kolumbien ist auch nach dem Friedensvertrag ein Land der Gegensätze. Während es in einigen Regionen ruhig und nahezu idyllisch zugeht, bestimmen der bewaffnete Konflikt und die soziale Ungleichheit nach wie vor das Leben vieler Menschen. Die Idee von einem stabilen Frieden scheint bisher nicht mehr als ein Traum, betrachtet man die Tatsache, dass der Koka-Anbau immer noch große Bereiche des Landes in der Illegalität hält. Die Verworfenheit politischer und wirtschaftlicher Interessen macht, vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die ich gemacht habe, einen echten und dauerhaften Frieden bislang unmöglich.

Eine bessere Bildung, der Kampf gegen Korruption und Ungleichheit und das Eingeständnis der Regierung, dass vielerorts der Konflikt weitergeht, wären nach meiner Einschätzung nötig, um die Stabilität im Land zu stärken. Allerdings wäre ein so weitreichendes regulatives Handeln nötig, um tatsächlich etwas zu ändern, dass die Hoffnung auf den Erfolg einer Utopie gleicht. Auch sind die Strukturen der Kriminalität und Gewalt über Jahrzehnte aufgebaut und eingeübt worden, was ein Auflösen dieser Strukturen umso schwieriger macht.

Zugleich darf man auch die Fortschritte nicht verkennen, die das Friedensabkommen bewirkt hat: Dass insgesamt weniger Menschen in Kolumbien sterben und vertrieben werden, kann man erstmal als Teilerfolg sehen. Trotzdem lässt sich ein bitterer Beigeschmack nicht leugnen, wenn man zum Bei-

spiel die steigende Zahl der Morde an Menschenrechtsaktivisten betrachtet.

Immer wieder sind mir während meiner Recherche auch die Angst der Kolumbianer und eine Art kollektiven Traumas begegnet. Viele Menschen hatten zumindest indirekt Kontakt mit dem bewaffneten Konflikt, kennen jemanden, der von der Guerilla oder anderen bewaffneten Gruppen entführt oder angegriffen wurde. Auch deshalb ist die Skepsis gegenüber einem dauerhaften Frieden überall präsent. Wenn die vereinbarten Hilfsprogramme für die demobilisierten FARC-Anhänger auslaufen, wird das Land nochmal auf die Probe gestellt werden: Schaffen es die ehemaligen Kämpfer, sich in der Gesellschaft einzufinden – oder werden sie doch wieder in die Illegalität ausweichen?

Eine Aussage, die in vielen meiner Interviews mindestens einmal gefallen ist, soll als Abschluss dieses Fazits dienen und spiegelt den Eindruck wieder, der mir am ehesten als Antwort auf meine Frage zum „Frieden in Kolumbien: ja oder nein?“, dienen könnte: Es ist komplex.